

No. 27872

**AUSTRIA
and
CYPRUS**

**Convention for the avoidance of double taxation with respect
to taxes on income and on capital (with protocol). Signed
at Vienna on 20 March 1990**

*Authentic texts: German, Greek and English.
Registered by Austria on 5 February 1991.*

**AUTRICHE
et
CHYPRE**

**Convention tendant à éviter la double imposition en matière
d'impôts sur le revenu et sur la fortune (avec protocole).
Signée à Vienne le 20 mars 1990**

*Textes authentiques : allemand, grec et anglais.
Enregistrée par l'Autriche le 5 février 1991.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER
REPUBLIK ZYPERN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBE-
STEUERUNG AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EIN-
KOMMEN UND VOM VERMÖGEN

Die Republik Österreich und die Republik Zypern, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

1. die Einkommensteuer;
2. die Körperschaftsteuer;

3. die Aufsichtsratsabgabe;

4. die Vermögensteuer;
5. die Abgabe von Vermögen, die der Erbschaftssteuer entzogen sind;

6. die Gewerbesteuer einschließlich der Lohnsummensteuer;

7. die Grundsteuer;
8. die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;

9. die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;

b) in Zypern:

1. die Einkommensteuer;
2. die Sonderabgabe;
3. die Steuer auf Veräußerungsgewinne;
4. die Steuer von unbeweglichem Vermögen.

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ die Republik Österreich;
 - b) bedeutet der Ausdruck „Zypern“ die Republik Zypern und umfaßt im geographischen Sinn das Hoheitsgebiet, die Hoheitsgewässer Zyperns sowie andere Seegebiete, hinsichtlich derer Zypern in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht Souveränitätsrechte oder Jurisdiktion ausübt;
 - c) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - d) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden,
 - e) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - f) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - g) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen;
 - ii) in Zypern: den Finanzminister oder seinen bevollmächtigten Vertreter.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen gemäß Artikel 25 zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

Betriebstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bausausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebstätte, wenn ihre Dauer 24 Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a) bis e) genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 — für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so

behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machten.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften

des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu besteuern den Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muß jedoch derart sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

(8) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Gewinne“ umfaßt auch Gewinne eines Gesellschafters aus seiner Beteiligung an einer Personengesellschaft, einschließlich der Beteiligung an einer stillen Gesellschaft.

Artikel 8

Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die

unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet — und entsprechend besteuert —, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußaktien oder Genußscheinen, Gründeranteilen oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind. In Österreich bedeutet der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ auch Einkünfte aus Partizipationsscheinen im Sinne des österreichischen Kreditwesengesetzes.

(4) Solange Zypern keine Quellensteuer auf Dividenden erhebt, dürfen ungeachtet des Absatzes 2 Dividenden, die eine in Zypern ansässige Gesellschaft an eine in Österreich ansässige Person zahlt, in Zypern keiner Steuer unterzogen werden, die zusätzlich zur Steuer auf die Gewinne oder Einkünfte, aus denen diese Dividenden gezahlt werden, erhoben wird. Eine in Österreich ansässige natürliche Person hat Anspruch auf Erstattung jeder in Zypern auf die Gewinne oder Einkünfte, aus denen die Dividenden gezahlt werden, erhobenen Steuer in dem Ausmaß, als diese Steuer die Steuerschuld der natürlichen Person in Zypern übersteigt; sie darf jedoch keiner weiteren, zusätzlich zur Steuer der Gesellschaft erhobenen Steuer unterzogen werden.

(5) Die Absätze 1, 2 und 4 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem

die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Aus-

rüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6, das im anderen Vertragsstaat liegt, oder aus der Veräußerung von Anteilen an einer Gesellschaft, deren Anlagevermögen ausschließlich oder fast ausschließlich aus solchen Vermögenswerten besteht, bezieht, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine

solche feste Einrichtung zur Verfügung, so dürfen die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

Artikel 18

Ruhegehälter

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 19

Öffentlicher Dienst

- (1) a) Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
 - b) Diese Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
 - i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2) Absatz 1 gilt auch für Vergütungen, die den Mitgliedern der österreichischen Außenhandelsstelle in Zypern gezahlt werden.
- (3) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(4) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16 und 18 anzuwenden.

Artikel 20

Studenten, Praktikanten und Lehrlinge

(1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

(2) Vergütungen, die ein Student oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen Studien oder seiner Ausbildung steht.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen im anderen Vertragsstaat besteuert werden, so nimmt der erstgenannte Staat vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.

(2) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Einkünfte, die nach Artikel 10 im anderen Vertragsstaat besteuert werden dürfen, so rechnet der erstgenannte Staat auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der im anderen Staat endgültig gezahlten Steuer unter Berücksichtigung der Steuer vom Gewinn, aus dem die Dividenden gezahlt werden, entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus dem anderen Staat bezogenen Einkünfte entfällt.

(3) Für die Anwendung des Absatzes 2 ist die in Zypern gezahlte Steuer mit 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden anzunehmen, wenn auf Grund besonderer Bestimmungen für die Förderung der industriellen Entwicklung die zypriotische Steuer auf weniger als 15 vom Hundert herabgesetzt wurde.

(4) Einkünfte oder Vermögen einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in diesem Staat auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in diesem Staat bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Der Ausdruck „Staatsangehörige“ bedeutet

- a) natürliche Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzen;
- b) juristische Personen, Personengesellschaften und andere Personenvereinigungen, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden sind.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 4 oder Artikel 12 Absatz 4 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige

Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfaßt wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muß innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die

zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Ver-

tragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem *Ordre public* widerspräche.

Artikel 27

Diplomaten und Konsularbeamte

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Diplomaten und Konsularbeamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28

Inkrafttreten

(1) Das Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Nicosia ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist, und seine Bestimmungen finden für alle Steuerjahre Anwendung, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

Artikel 29

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Steuerjahre, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 20. März 1990, in zwei Urschriften, jede in deutscher, griechischer und englischer Sprache, wobei alle drei Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Republik Österreich:

FERDINAND LACINA

Für die Republik Zypern:

GEORGE SYRIMIS

PROTOKOLL
DIE REPUBLIK ÖSTERREICH
UND
DIE REPUBLIK ZYPERN

haben bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen diesen beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen folgende Bestimmungen vereinbart, die einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden:

Zu Artikel 7:

(1) Einer Bauausführung oder Montage dürfen in dem Vertragsstaat, in dem sich die Betriebsstätte befindet, nur solche Einkünfte zugerechnet werden, die ein Ergebnis dieser Tätigkeiten selbst sind. Werden im Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten oder davon unabhängig von der Hauptbetriebsstätte oder einer anderen Betriebsstätte des Unternehmens oder einer dritten Person Maschinen oder Anlagen geliefert, so wird der Wert dieser Lieferungen den Einkünften der Bauausführung oder Montage nicht zugerechnet.

(2) Einkünfte, die auf Planungs-, Projektierungs-, Konstruktions- oder Forschungsarbeiten sowie technische Dienstleistungen entfallen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in diesem Vertragsstaat erbringt und die im Zusammenhang mit einer im anderen Vertragsstaat unterhaltenen Betriebsstätte stehen, werden dieser Betriebsstätte nicht zugerechnet.

(3) Ungeachtet des Absatzes 3 sind Beträge (ausgenommen solche zum Ersatz tatsächlich entstandener Aufwendungen), die von der Betriebsstätte an den Hauptsitz oder an eine andere Geschäftsstelle des Unternehmens in Form von Lizenzgebühren, Entgelten oder anderen ähnlichen Zahlungen für die Benutzung von Patenten oder anderen Rechten, in Form von Provisionen für die

Erbringung bestimmter Leistungen oder für die Leitung oder, ausgenommen bei Bankunternehmen, in Form von Zinsen für Darlehen, die der Betriebstätte gewährt wurden, gezahlt werden, nicht zum Abzug zugelassen. Dementsprechend sind Beträge (ausgenommen solche zum Ersatz tatsächlich entstandener Aufwendungen), die von der Betriebstätte dem Hauptsitz oder einer anderen Geschäftsstelle des Unternehmens in Form von Lizenzgebühren, Entgelten oder anderen ähnlichen Zahlungen für die Benutzung von Patenten oder anderen Rechten, in Form von Provisionen für die Erbringung bestimmter Leistungen oder für die Leitung oder, ausgenommen bei Bankunternehmen, in Form von Zinsen für Darlehen, die dem Hauptsitz oder einer anderen Geschäftsstelle des Unternehmens gewährt wurden, in Rechnung gestellt werden, bei der Ermittlung der Gewinne dieser Betriebstätte nicht zu berücksichtigen.

GESCHEHEN zu Wien, am 20. März 1990, in zwei Urschriften, jede in deutscher, griechischer und englischer Sprache, wobei alle drei Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Republik Österreich:

FERDINAND LACINA

Für die Republik Zypern:

GEORGE SYRIMIS

[GREEK TEXT — TEXTE GREC]

ΣΥΜΒΑΣΗ ΜΕΤΑΞΥ ΤΗΣ ΔΗΜΟΚΡΑΤΙΑΣ

ΤΗΣ ΑΥΣΤΡΙΑΣ ΚΑΙ ΤΗΣ ΚΥΠΡΙΑΚΗΣ

ΔΗΜΟΚΡΑΤΙΑΣ ΓΙΑ ΤΗΝ ΑΠΟΨΥΧΗ

ΤΗΣ ΔΙΠΛΗΣ ΦΟΡΟΛΟΓΙΑΣ

ΑΝΑΦΟΡΙΚΑ ΜΕ ΤΟΥΣ ΦΟΡΟΥΣ ΠΑΚΩ ΣΤΟ

ΕΙΣΟΔΗΜΑ ΚΑΙ ΠΑΚΩ ΣΤΟ ΚΕΦΑΛΑΙΟ

Η Δημοκρατία της Αυστρίας και η
Κυπριακή Δημοκρατία
επιθυμώντας τη σύναψη Σύμβασης για την αποφυγή
της διπλής φορολογίας ονσφορικό με τους
φόρους πάνω στο εισόδημα και πάνω στο
κεφάλαιο,

έχουν συμφωνήσει όπως αναφέρεται πιο κάτω:

Άρθρο 1

ΕΚΤΑΣΗ ΔΙΑΠΡΟΣΩΠΙΚΗΣ ΕΦΑΡΜΟΓΗΣ ΤΗΣ ΣΥΜΒΑΣΗΣ

Η παρούσα Σύμβαση εφαρμόζεται σε πρόσωπα τα οποία είναι κάτοικοι ενός
ή και των δύο Συμβολομένων Κρατών.

ΑΡΘΡΟ 2ΚΑΛΥΠΤΟΜΕΝΟΙ ΦΟΡΟΙ

- (1) Η παρούσα Σύμβαση εφαρμόζεται πάνω σε φορους επί του εισοδήματος και του κεφαλαίου, που επιβάλλονται για λογαριασμό Συμβλλομένου Κράτους ή οργάνων αυτού ή τοπικών αρχών, ανεξάρτητα από τον τρόπο που αυτοί επιβάλλονται.
- (2) Θα θεωρούνται ως φόροι επί εισοδήματος και επί κεφαλαίου όλοι οι φόροι, που επιβάλλονται σε ολόκληρο το εισόδημα, ή το κεφάλαιο, πάνω σε μέρος ουτών, περιλαμβανομένων και φόρων επί των κερδών από την εκποίηση κινητής και ακίνητης ιδιοκτησίας, καθώς επίσης και φόροι πάνω στην ανατίμηση κεφαλαίου.
- (3) Οι υφιστάμενοι φόροι πάνω στους οποίους η παρούσα Σύμβαση θα εφαρμόζεται είναι ειδικότερο:
- α) στην Αυστρία:
1. Ο φόρος Εισοδήματος (die Einkommensteuer)·
 2. Ο φόρος Εταιρειών (die Körperschaftsteuer)·
 3. Ο φόρος πάνω στο εισόδημα Διοικητικών Συμβουλίων (die Aufsichtsratsabgabe)·
 4. Ο φόρος επί κεφαλαίου (die Vermögensteuer)·
 5. Ο φόρος περιουσιακών στοιχείων διαφευχόντων το φόρο Κληρονομιάς (die Abgabe von Vermögen, die der Erbschaftssteuer entzogen sind)·

6. Ο φόρος επί εμπορικών και βιομηχανικών επιχειρήσεων, περιλαμβανομένου και του φόρου που επιβάλλεται πάνω στο ποσό των μισθών (die Gewerbesteuer einschließlich der Lohnsummensteuer).
7. Ο έγγειος φόρος (die Grundsteuer).
8. Ο φόρος επί γεωργικών και δασικών επιχειρήσεων (die Abgabe von land-und forstwirtschaftlichen Betrieben).
9. Ο φόρος επί της αξίας κενών τεμαχίων γης (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken).

(β) στην Κύπρο:

1. Ο φόρος εισοδήματος.
2. Η εκτακτη εισφορά.
3. Ο φόρος επί κεφαλαιουχικών κερδών.
4. Ο φόρος επί της ακίνητης περιουσίας.

(1) Η Σύμβαση αυτή εφαρμόζεται πάνω σε όλους τους τουτόσημους ή ουσιαδως παρομοίως φύσης φόρους οι οποίοι επιβάλλονται μετά την υπογραφή της Σύμβασης, επιπροσθετα η αντι των υφισταμένων φόρων. Στα τέλος κάθε χρόνου οι αρμόδιες αρχές των Συμβαλλομένων Κρατων θα γνωστοποιούν η μιá στην άλλη οποιοσδήποτε αλλαγές που έγιναν στις αντίστοιχες φορολογικές νομοθεσίες τους.

Άρθρο 3ΓΕΝΙΚΟΙ ΟΡΙΣΜΟΙ

- (1) Για σκοπούς της πορούσας Σύμβασης, εκτός αν διαφορετικά προκύπτει από το κείμενο:
- α) Ο όρος "Αυστρία" σημαίνει τη Δημοκρατία της Αυστρίας.
 - β) Ο όρος "Κύπρος" σημαίνει την Κυπριακή Δημοκρατία και, όταν χρησιμοποιείται με τη γεωγραφική του έννοια, περιλαμβάνει την εθνική επικράτεια, το χωρικό ύδατο της Κύπρου καθώς επίσης και τις άλλες θαλάσσιες περιοχές, μέσα στις οποίες η Κύπρος, σύμφωνα με το διεθνές δίκαιο, ασκεί κυριαρχικό δικαιώματα και δικαιοδοσία.
 - γ) ο όρος "πρόσωπο" περιλαμβάνει άτομο, εταιρεία ή οποιοδήποτε άλλη ένωση προσώπων.
 - δ) ο όρος "εταιρεία" σημαίνει οποιοδήποτε νομικό πρόσωπο ή οποιαδήποτε άλλη οντότητα η οποία από φορολογική όψη θεωρείται ως νομικό πρόσωπο.
 - ε) οι όροι "επιχείρηση ενός Συμβαλλόμενου Κράτους" και "επιχείρηση του άλλου Συμβαλλόμενου Κράτους" σημαίνουν αντίστοιχο επιχείρηση που διεξάγεται από κάτοικο του ενός Συμβαλλόμενου Κράτους και επιχείρηση που διεξάγεται από κάτοικο του άλλου Συμβαλλόμενου Κράτους.
 - (στ) ο όρος "διεθνείς μεταφορές" σημαίνει οποιαδήποτε μεταφορά με πλοίο ή αεροσκάφος, που χρησιμοποιείται από επιχείρηση που έχει ως πραγματική έδρα διοίκησης ένα από τα Συμβαλλόμενα Κράτη, εκτός αν το πλοίο ή το αεροσκάφος χρησιμοποιείται μόνο μετεξυ περισχών του άλλου Συμβαλλόμενου Κράτους.

- (ζ) ο όρος "ορμόδια αρχή" σημαίνει:
- (ι) στην Αυστρία: τον Ομοσπονδιακό Υπουργό Οικονομικών·
- (ii) στην Κύπρο: τον Υπουργό Οικονομικών ή τον εξουσιοδοτημένο αντιπρόσωπό του·
- (2) Όσον αφορά την εφαρμογή της Σύμβασης από το Συμβαλλόμενο Κράτος, οποιασδήποτε όρος που δεν περιλήφθηκε σ' αυτή, εκτός αν διαφορετικά προκύπτει από το κείμενο, έχει την έννοια που έχει δύναμη του δικαίου του Κράτους σχετικά με τους όρους που καλύπτονται από την Σύμβαση.

Άρθρο 4

ΚΑΤΟΙΚΟΙ

- (1) Για σκοπούς της παρούσας Σύμβασης, ο όρος "κάτοικος ενός Συμβαλλομένου Κράτους" σημαίνει οποιοδήποτε πρόσωπο το οποίο, σύμφωνα με τους νόμους του Κράτους αυτού, υπόκειται σε φορολογία σ' αυτό λόγω της κατοικίας του (DOMICILE), διαμονής (RESIDENCE), τόπου διοίκησης ή άλλου κριτηρίου παρόμοιας φύσης. Ο όρος όμως αυτός δεν περιλαμβάνει οποιοδήποτε πρόσωπο υποκείμενο σε φορολογία σ' αυτό το Κράτος αναφορικά μόνο με το εισόδημα από πηγές του Κράτους αυτού ή κεφαλαίου που βρίσκεται σ' αυτό.
- (2) Όπου, λόγω των διατάξεων της παραγράφου 1, ένα άτομο είναι κάτοικος και των δύο Συμβαλλομένων Κρατών, τότε η νομική του κατάσταση θα ομορσιίζεται ως ακολούθως:
- (α) θα θεωρείται ως κάτοικος του Κράτους στο οποίο έχει μόνιμη κατοικία προσιτή σ' αυτό· αν έχει μόνιμη κατοικία προσιτή σ' αυτό και στα δύο Κράτη, θα θεωρείται ως κάτοικος του Κράτους με το οποίο οι προσωπικές και οικονομικές του σχέσεις είναι στενότερες (κέντρο ζωτικών συμφερόντων)·

- (β) αν το Κράτος στο οποίο βρίσκεται το κέντρο ζωτικών συμφερόντων, δεν μπορεί να καθοριστεί, ή αν δεν έχει μόνιμη κατοικία προσιτή σ' αυτά στο ένα ή στα άλλα Κράτος, θα θεωρείται ως κάτοικος του Κράτους στο οποίο έχει συνήθη κατοικία·
- (γ) αν έχει συνήθη κατοικία και στα δύο Κράτη ή σε κανένα από αυτά, θα θεωρείται ως κάτοικος του κράτους του οποίου είναι πολίτης·
- (δ) αν είναι πολίτης και των δύο Κρατών ή κανενός από αυτά, οι αρμόδιες αρχές του Συμβαλλομένου Κράτους θα διευθετούν το ζήτημα με αμοιβαία συμφωνία, σύμφωνα με το Άρθρο 25.
- (3) Όπου, λόγω των διατάξεων της παραγράφου 1, πρόσωπο άλλο ή άτομα είναι κάτοικος και των δύο Συμβαλλομένων Κρατών, αυτό θα θεωρείται ως κάτοικος του Κράτους στο οποίο βρίσκεται η πραγματική έδρα διοίκησης του.

Άρθρο 5

ΜΟΝΙΜΗ ΕΓΚΑΤΑΣΤΑΣΗ

- (1) Για σκοπούς της παρούσας Σύμβασης, ο όρος "μόνιμη εγκατάσταση" σημαίνει κάποιο σταθερό τόπο εμπορικής ή επαγγελματικής δραστηριότητας, στον οποίο οι εργασίες μίας επιχείρησης διεξάγονται πλήρως ή μερικώς.
- (2) Ο όρος "μόνιμη εγκατάσταση" περιλαμβάνει κυρίως:
- (α) έδρα διοίκησης·
- (β) υποκατάστημα·
- (γ) γραφείο·

(δ) εργοστάσιο·

(ε) εργοστήριο· και

(στ) ορυχείο, πετρελαιοπηγή ή πηγή εξόρυξης φυσικού αερίου, λατομείο ή οποιασδήποτε άλλη πηγή εξόρυξης φυσικού πλούτου.

(3) Εργοτάξιο ή κατασκευή ή εργασία εγκατάστασης συνιστά μόνιμη εγκατάσταση μόνο αν διαρκεί πέρα των 24 μηνών.

(4) Ανεξάρτητα από τις προηγούμενες διατάξεις του παρόντος άρθρου ο όρος "μόνιμη εγκατάσταση" θεωρείται ότι δεν περιλαμβάνει:

(α) τη χρήση διευκολύνσεων μόνο για σκοπό εναποθήκευσης, έκθεσης ή παράδοσης ογσών ή εμπορευμάτων που ανήκουν στην επιχείρηση·

(β) τη διατήρηση αποθέματος ογσών ή εμπορευμάτων που ανήκουν στην επιχείρηση μόνο για το σκοπό εναποθήκευσης, έκθεσης ή παράδοσης·

(γ) τη διατήρηση αποθέματος ογσών ή εμπορευμάτων που ανήκουν στην επιχείρηση μόνο για το σκοπό επεξεργασίας αυτών από άλλη επιχείρηση·

(δ) τη διατήρηση κάποιου σταθερού τόπου εμπορικής ή επαγγελματικής εγκατάστασης μόνο για το σκοπό αγοράς ογσών ή εμπορευμάτων ή συλλογής πληροφοριών για την επιχείρηση·

(ε) τη διατήρηση κάποιου σταθερού τόπου εμπορικής ή επαγγελματικής εγκατάστασης μόνο για το σκοπό διεξαγωγής για την επιχείρηση οποιασδήποτε δραστηριότητας που έχει προσωποκευαστικό ή επιβλητικό χαρακτήρα·

(στ) τη διατήρηση κάποιου σταθερού τόπου εμπορικής ή επαγγελματικής εγκατάστασης μόνο για το σκοπό οποιασδήποτε συνδυασμού των δραστηριοτήτων που αναφέρονται στις υποπαραγράφους (α) μέχρι (ε), νοουμένου ότι η συνολική δραστηριότητα του τόπου

εμπορικής ή επαγγελματικής εγκατάστασης, που προκύπτει από το συνδυασμό αυτά, έχει προπαρασκευαστικό ή επιβοηθητικό χαρακτήρα.

- (5) Ανεξάρτητα από τις διατάξεις των παραγράφων (1) και (2), όπου πρόσωπο - πλην ανεξάρτητου πράκτορα για τον οποίο εφαρμόζεται η παράγραφος (6) - ενεργεί υπό μέρους επιχείρησης και έχει, και συνήθως ασκεί, α' ένα Συμβελλόμενο Κράτος, εξουσιοδότηση για σύνταξη συμβάσεων στο όνομα της επιχείρησης, η επιχείρηση αυτή θεωρείται ότι έχει μόνιμη εγκατάσταση μέσω σ' αυτό το Κράτος σε σχέση με οποιαδήποτε δραστηριότητες τις οποίες το πρόσωπο αυτό αναλαμβάνει για την επιχείρηση, εκτός εάν οι δραστηριότητες του προσώπου αυτού περιορίζονται στις αναφερόμενες στην παράγραφο (4) οι οποίες, αν γίνονταν μέσω σταθερού τόπου εμπορικής ή επαγγελματικής εγκατάστασης, δεν θα καθιστούσαν αυτόν μόνιμη εγκατάσταση δυνάμει των διατάξεων της παραγράφου αυτής.
- (6) Μια επιχείρηση δεν θεωρείται ότι έχει μόνιμη εγκατάσταση σε Συμβελλόμενο Κράτος απλά και μόνο επειδή διεξάγει εργασίες στο Κράτος αυτό μέσω μεσίτη, γενικού παραγγελισδόχου με προμήθεια ή οποιουδήποτε άλλου ανεξάρτητου πράκτορα, εφόσον το πρόσωπο αυτό ενεργούν μέσω στο συνηθισμένο πλαίσιο εργασίας τους.
- (7) Το γεγονός ότι κάποια εταιρεία η οποία είναι κάτοικος ενός Συμβελλόμενου Κράτους ελέγχει ή ελέγχεται από εταιρεία η οποία είναι κάτοικος του άλλου Συμβελλόμενου Κράτους ή διεξάγει εργασία στο άλλο Συμβελλόμενο Κράτος (είτε μέσω μόνιμης εγκατάστασης ή άλλως πως), δεν μπορεί αυτό και μόνο να καταστήσει μια από τις εταιρείες αυτές μόνιμο εγκατάσταση της άλλης.

Άρθρο 6

ΕΙΣΟΔΗΜΑ ΑΠΟ ΑΚΙΝΗΤΗ ΙΔΙΟΚΤΗΣΙΑ

- (1) Εισοδήμα που αποκτάται από κάτοικο Συμβελλόμενου Κράτους από ακίνητη ιδιοκτησία (περιλαμβανομένου εισοδήματος από τη γεωργία και

δασοκομία), που βρίσκεται στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος, μπορεί να φορολογείται από το άλλο αυτό Κράτος.

- (2) Ο όρος "ακίνητη ιδιοκτησία" θα έχει την έννοια που έχει δυνάμει των διατάξεων των νόμων του Συμβαλλόμενου Κράτους, στο οποίο βρίσκεται η εν λόγω ιδιοκτησία. Σε κάθε περίπτωση ο όρος περιλαμβάνει ποσοτήματα και υποστατικά της ακίνητης ιδιοκτησίας, ζωα κτηνοτροφίας και εξοπλισμό, που χρησιμοποιείται στην γεωργία και δασοκομία, δικαιώματα που υπόκεινται στις διατάξεις της γενικής νομοθεσίας περί ακίνητης ιδιοκτησίας, επικαρπία πάνω σε ακίνητη ιδιοκτησία και δικαιώματα μεταβλητών ή πάγιων πληρωμών έναντι εκμετάλλευσης ή δικαιώματος εκμετάλλευσης μεταλλευτικών κοιτασμάτων, πηγών και άλλου φυσικού πλούτου πλοία, λέμβοι και αεροσκάφη δεν θεωρούνται ακίνητη ιδιοκτησία.
- (3) Οι διατάξεις της παραγράφου 1 εφαρμόζονται πάνω στο εισόδημα που προέρχεται από την άμεση χρήση, μίσθωση ή χρήση ακίνητης ιδιοκτησίας κάτω απ' οποιαδήποτε άλλη μορφή.
- (4) Οι διατάξεις των παραγράφων 1 και 3 εφαρμόζονται επίσης πάνω στο εισόδημα ακίνητης ιδιοκτησίας μιας επιχείρησης και πάνω στο εισόδημα ακίνητης ιδιοκτησίας, που χρησιμοποιείται για την παροχή ανεξάρτητων προσωπικών υπηρεσιών.

Άρθρο 7

ΚΕΡΔΗ ΕΠΙΧΕΙΡΗΣΗΣ

- (1) Τα κέρδη μιας επιχείρησης Συμβαλλόμενου Κράτους φορολογούνται μόνο μέσα στο Κράτος αυτό, εκτός αν η επιχείρηση διεξάγει εργασίες στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος μέσω μόνιμης εγκατάστασης που βρίσκεται σ' αυτό. Αν η επιχείρηση διεξάγει εργασίες όπως αναφέρονται πιο πάνω, τα κέρδη της επιχείρησης μπορούν να φορολογούνται και στο άλλο Κράτος αλλά μόνο κατά το μέρος αυτών που ανολογεί στην μόνιμη αυτή εγκατάσταση.

- (2) Τηρουμένων των διατάξεων της παραγράφου 3, όπου μια επιχείρηση ενός Συμβαλλομένου Κράτους διεξάγει εργασίες στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος μέσω μόνιμης εγκατάστασης που βρίσκεται σ' αυτό, θα θεωρούνται, όσον αφορά το κάθε Συμβαλλόμενο Κράτος, ως κέρδη που αναλογούν στη μόνιμη αυτή εγκατάσταση, τα κέρδη το οποίο υπολογίζεται ότι θα πραγματοποιούνταν από αυτήν, αν αυτή οποτελούσε ξεχωριστή και ανεξάρτητη επιχείρηση που ασχολείται με την ίδια ή παρόμοια δραστηριότητα, κάτω από τις ίδιες ή παρόμοιες συνθήκες και που ενεργεί τελείως ανεξάρτητα από την επιχείρηση της οποίας αυτή αποτελεί μόνιμη εγκατάσταση.
- (3) Κατά τον καθορισμό των κερδών της μόνιμης εγκατάστασης θα εκπίπτουνται όλες οι δαπάνες που γίνονται για σκοπούς της μόνιμης εγκατάστασης, περιλαμβανομένων των δικαιοδικών και γενικά των διοικητικών δαπανών, είτε αυτές έγιναν στο Κράτος μέσα στο οποίο βρίσκεται η μόνιμος εγκατάσταση είτε αλλού.
- (4) Μέχρι του σημείου που συνηθίζεται σ' ένα Συμβαλλόμενο Κράτος να καθορίζονται τα αναλογούντα κέρδη σε μόνιμη εγκατάσταση με βάση το καταμερισμό των συναλικών κερδών της επιχείρησης στα διάφορα τμήματα αυτής, τίποτα από το προαναφερθέντο στη παράγραφο 2 δε εμποδίζει το Συμβαλλόμενο αυτό Κράτος από του να καθορίζει το φορολογητέο κέρδη με τέτοιο επιμερισμό όπως συνηθίζεται· η χρησιμοποιούμενη μέθοδος του επιμερισμού πρέπει να είναι τέτοια ώστε το αποτέλεσμα να είναι σύμφωνο με τις αρχές που περιλαμβάνονται σ' αυτό το Άρθρο.
- (5) Κανένα κέρδος δε θεωρείται ότι αποκλείεται σε μια μόνιμη εγκατάσταση λόγω πώλησης αγοράς από την μόνιμη αυτή εγκατάσταση αγαθών ή εμπορευμάτων για την επιχείρηση.
- (6) Για σκοπούς των προηγούμενων παραγράφων, τα κέρδη που αναλογούν στη μόνιμη εγκατάσταση θα καθορίζονται με την ίδια μέθοδο για κάθε χρόνο εκτός αν υπάρχει επαρκής λόγος για το αντίθετο.
- (7) Όπου τα κέρδη περιλαμβάνουν και στοιχεία εισοδήματος για τα οποία

γίνεται μνεία ιδιαίτερα στα άλλα Άρθρα της παραύσας Σύμβασης, οι διατάξεις των Άρθρων αυτών δεν επηρεάζονται από τις διατάξεις του παρόντος Άρθρου.

- (8) Ο όρος "κέρδη", όπως χρησιμοποιείται στα Άρθρο, περιλαμβάνει τα κέρδη που αποκομίζει οποιοσδήποτε συνεταιρας για τη συμμετοχή του σ' ένα συνεταιρισμό, περιλαμβανομένης της συμμετοχής σ' ένα αφανή συνεταιρισμό (sleeping partnership).

Άρθρο 8

ΘΑΛΑΣΣΙΕΣ ΚΑΙ ΑΕΡΟΠΟΡΙΚΕΣ ΜΕΤΑΦΟΡΕΣ

- (1) Κέρδη επιχείρησης από την λειτουργία πλοίων ή αερασκοφών σε διεθνείς μεταφορές φορολογούνται μόνο στο Συμβαλλόμενο Κράτος στο οποίο βρίσκεται η πραγματική έδρα διοίκησης.
- (2) Εάν η πραγματική έδρα διοίκησης μίας ναυτιλιακής επιχείρησης βρίσκεται πάνω στο πλαίσιο, θα θεωρείται ότι βρίσκεται στο Συμβαλλόμενο Κράτος στο οποίο βρίσκεται το λιμάνι νηολόγησης του πλοίου. ή, αν δεν υπάρχει τέτοιο λιμάνι, στο Συμβαλλόμενο Κράτος του οποίου ο χειριστής του πλοίου είναι κάτοικος.
- (3) Οι διατάξεις της παραγράφου (!) εφαρμόζονται επίσης πάνω στα κέρδη από τη συμμετοχή σε κοινοπραξία, σε κοινή επιχείρηση ή σε πρακτορεία διεθνών επιχειρήσεων.

Άρθρο 9ΣΥΝΔΕΔΕΜΕΝΗΣ ΕΠΙΧΕΙΡΗΣΕΙΣ

(1) Όπου

(α) επιχείρηση Συμβλλόμενου Κράτους συμμετέχει άμεσα ή έμμεσα στη διοίκηση, έλεγχο ή στο κεφάλαιο επιχείρησης του άλλου Συμβλλόμενου Κράτους, ή

(β) τα ίδια πρόσωπα συμμετέχουν άμεσα ή έμμεσα στη διοίκηση, τον έλεγχο ή το κεφάλαιο επιχείρησης ενός Συμβλλόμενου Κράτους και επιχείρησης του άλλου Συμβλλόμενου Κράτους,

και στις δύο περιπτώσεις τίθενται ή επιβάλλονται όροι μεταξύ των δύο επιχειρήσεων στις εμπορικές ή οικονομικές τους σχέσεις, οι οποίες είναι διαφορετικές από αυτές που θα ετίθεντο μεταξύ ανεξάρτητων επιχειρήσεων, τότε όλα τα κέρδη τα οποία, αν δεν υπήρχαν οι όροι αυτοί, θα πραγματοποιούνταν από μια των επιχειρήσεων, αλλά λόγω των όρων αυτών δεν πραγματοποιήθηκαν, μπορούν να περιλαμβάνονται στα κέρδη της επιχείρησης αυτής και να φορολογούνται ανάλογα.

- (2) Όπου Συμβλλόμενο Κράτος περιλαμβάνει στα κέρδη επιχείρησης του Κράτους αυτού - και φορολογεί ανάλογα - κέρδη πάνω στα οποία επιχείρηση του άλλου Συμβλλόμενου Κράτους έχει φορολογηθεί στα άλλα αυτό Κράτος και αυτά τα περιλαμβανόμενα κέρδη είναι κέρδη τα οποία θα πραγματοποιούνταν από την επιχείρηση του πρώτου αναφερόμενου Κράτους αν οι όροι που τέθηκαν μεταξύ των δύο επιχειρήσεων θα ήταν εκείνοι οι οποίοι θα ετίθεντο μεταξύ ανεξάρτητων επιχειρήσεων, τότε το άλλο Κράτος θα προσαρμόζει ανάλογα το ποσό του επιβλητέου σ' αυτό ποσού επί των κερδών αυτών. Κατά τον

καθαρισμό του προσαρμοσμένου ποσού, θα λαμβάνονται δεόντως υπόψη οι άλλες διατάξεις της παρούσας Σύμβασης και οι αρμόδιες αρχές θα συμβουλευούνται η μια τη άλλη αν είναι αναγκαίο.

Άρθρο 10

ΜΕΡΙΣΜΑΤΑ

- (1) Μερισματα, που καταβάλλονται από εταιρεία, κάτοικο ενός Συμβαλλόμενου Κράτους, σε κάτοικο του άλλου Συμβαλλόμενου Κράτους μπορούν να φορολογούνται στο άλλο αυτό Κράτος.
- (2) Παρταύτα, τα μερίσματα αυτά μπορούν επίσης να φορολογούνται στο Συμβαλλόμενο Κράτος του οποίου η καταβάλλουσα αυτά εταιρεία, .. είναι κάτοικος και σύμφωνα με τους νόμους αυτού του Κράτους, αλλ' αν ο μερισματολήπτης είναι ο δικαιούχος αυτών των μερισμάτων, ο επιβλητέος φόρος δεν θα υπερβαίνει το 10% του οκταόριστου ποσού των μερισμάτων.
- (3) Ο όρος "μερίσματα", όπως χρησιμοποιείται στο παρόν Άρθρο, σημαίνει εισόδημα από μετοχές, μετοχές "jouissance" ή δικαιώματα "jouissance", ιδρυτικών μετοχών ή άλλων δικαιωμάτων, εκτός απαιτήσεων χρεών, που δίνουν δικαίωμα συμμετοχής στα κέρδη. όπως και εισόδημα από άλλα εταιρικά δικαιώματα, που υπόκειται στην ίδια φορολογική μεταχείριση, όπως εισόδημα από μετοχές δυνάμει της φορολογικής νομοθεσίας του Κράτους του οποίου η εταιρεία που κάνει τη διανομή είναι κάτοικος. Στην περίπτωση της Αυστρίας ο όρος "μερίσματα" όπως χρησιμοποιείται σ' αυτό το Άρθρο περιλαμβάνει επίσης εισόδημα από τις "συμμετοχικές μετοχές" ("Partizipationsscheine") με την έννοια του Αυστριακού Νόμου πάνω σε υποθεσεις πίστωσης ("Kreditwesengesetz").

- (4) Ανεξόρτητα από τις διατάξεις της παραγράφου 2 - εφόσον η Κύπρος δεν επιβάλλει φόρο στην πηγή των μερισμάτων - μερίσματα που καταβάλλονται από εταιρεία κάτοικο της Κύπρου σε κάτοικο της Αυστρίας δεν θα υπόκεινται σε οποιαδήποτε φόρα, που επιβάλλεται από την Κύπρο, επιπρόσθετα προς τον φόρο που επιβλήθηκε για τα κέρδη ή οφέλη από τα οποία τα μερίσματα καταβάλλονται. Άτομα τα οποία είναι κάτοικος της Αυστρίας θα δικαιούνται επιστροφής απαιτούμενου Κυπριακού φόρου που επιβλήθηκε για τα κέρδη ή οφέλη, από τα οποία τα μερίσματα καταβάλλονται, στο βαθμό που ο φόρος αυτός υπερβαίνει τον φόρο στον οποίο το άτομο υπόκειται στην Κύπρο αλλά δεν θα υπόκειται σε οποιοδήποτε φόρο επιπρόσθετο προς τον καταβαλλόμενο από την εταιρεία φόρα.
- (5) Οι διατάξεις των παραγράφων 1, 2 και 4 δεν εφαρμόζονται εάν ο δικαιούχος των μερισμάτων, ως κάτοικος Συμβαλλόμενου Κράτους, διεξάγει επιχείρηση στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος του οποίου η εταιρεία που καταβάλλει τα μερίσματα είναι κάτοικος, μέσω μόνιμης εγκατάστασης που βρίσκεται σ' αυτό, ή πορέχει στο άλλο αυτό Κράτος ανεξόρτητες επαγγελματικές υπηρεσίες από σταθερή βάση που βρίσκεται σ' αυτό, και οι μετοχές αντιστοίχως με τις οποίες καταβάλλονται τα μερίσματα είναι ουσιαστικά συνδεδεμένες μ' αυτή τη μόνιμη εγκατάσταση ή σταθερή βάση. Σ' αυτή την περίπτωση εφαρμόζονται οι διατάξεις του Άρθρου 7 ή του Άρθρου 14, ανάλογα με την περίπτωση.
- (6) Όπου εταιρεία, η οποία είναι κάτοικος ενός Συμβαλλόμενου Κράτους, αποκτά κέρδη ή εισόδημα από το άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος, αυτό το άλλο Κράτος μπορεί να μην επιβάλει οποιαδήποτε φόρο πάνω στο μερίσματο που καταβάλλονται από την εταιρεία, εκτός αν τα μερίσματα αυτά καταβάλλονται σε κάτοικο αυτού του άλλου Κράτους, ή εκτός αν οι μετοχές για τις οποίες καταβάλλονται τα μερίσματα είναι ουσιαστικά συνδεδεμένες με μόνιμη εγκατάσταση ή μόνιμη σταθερή βάση, που βρίσκεται στο άλλο αυτό Κράτος, ούτε και να υποβάλει τα αδιονέμητα κέρδη της εταιρείας σε εφαρμογή αδιονέμητων κερδών της εταιρείας, και αν ακόμη τα μερίσματα που καταβάλλονται ή τα αδιονέμητα κέρδη αποτελούνται εξ ολοκλήρου ή εν μέρει από κέρδη ή εισόδημα που προκύπτει στο άλλο αυτό Κράτος.

Άρθρο 11ΤΟΚΟΙ

- (1) Τόκοι που προκύπτουν σ' ένα Συμβαλλόμενο Κράτος και καταβάλλονται σε κάτοικο του άλλου Συμβαλλόμενου Κράτους μπορεί να φορολογούνται στο άλλο αυτό Κράτος.
- (2) Ο όρος "τόκοι", όπως χρησιμοποιείται στο Άρθρο αυτό, σημαίνει εισόδημα από αποιτήσεις χρεών οποιασδήποτε μορφής, ανεξάρτητο άν είναι ασφαλισμένο με υποθήκη ή μη και ανεξάρτητο άν δίνουν το δικαίωμα συμμετοχής στο κέρδη του αφειλέτου, και ιδιαιτέρως εισόδημα από κυβερνητικό χρεώγραφο και ομολογίες ή χρεωτικούς τίτλους, περιλαμβανομένων πληρωμών και βραβείων που επισυνόπτονται πάνω σε τέτοια χρεώγραφα, ομολογίες ή χρεωτικούς τίτλους. Τιμμητικές επιβουήσεις για καθυστερημένες πληρωμές δε θεωρούνται ως τόκοι για σκοπούς του πορόντας Άρθρου.
- (3) αι διατόξεις των παραγράφων 1 και 2 δεν εφορμάζονται όν α δικαιούχος των τόκων, ως κάτοικος ενός Συμβαλλόμενου Κράτους, διεξάγει εργασίες στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος εντός του οποίου οι τόκοι προκύπτουν, μέσω μόνιμης εγκατάστασης που βρίακεται σ' αυτό, ή πορέχει εντός αυτού του άλλου Κράτους ανεξάρτητες επαγγελματικές υπηρεσίες από σταθερή βάση που βρίακεται σ' αυτό, και οι οποιτήσεις χρεών αναφορικά με τις οποίες καταβάλλονται οι τόκοι είναι ουσιαστικά ουνδεδεμένες με τέτοια μόνιμη εγκατάσταση ή σταθερή βάση. Σ' αυτή την περίπτωση εφορμίζονται οι διατόξεις του Άρθρου 7 ή του Άρθρου 14, ανάλογα με την περίπτωση.
- (4) Όπου, λόγω ειδικής σχέσης μεταξύ αυτού που καταβάλλει τους τόκους και αυτού που τους δικαιούται, ή μεταξύ και των δύο αυτών και κάποιου τρίτου προσώπου, το ποσό των τόκων, λαμβανομένου υπόψη του χρέους για το οποίο καταβάλλονται, υπερβαίνει το ποσό το οποίο θα

συμφωνείτο μεταξύ αυτού που καταβάλλει τους τόκους και του δικαιούχου αν δεν υπήρχε αυτή η σχέση, οι διατάξεις του παρόντος Άρθρου εφαρμόζονται μόνο για το τελευταίο αναφερόμενο ποσό. Σ' αυτή την περίπτωση, το επιπλέον μέρος των πληρωμών θα φορολογείται σύμφωνα με τη νομοθεσία κάθε Συμβαλλόμενου Κράτους, λαμβανομένων υπόψη και των άλλων διατάξεων αυτής της Σύμβασης.

Άρθρο 12

ΔΙΚΑΙΩΜΑΤΑ

- (1) Δικαιώματα που προκύπτουν σ' ένα Συμβαλλόμενο Κράτος και που κατοβάλλονται σε κάτοικο του άλλου Συμβαλλόμενου Κράτους φορολογούνται μόνο στο άλλο αυτό Κράτος όν ο κάτοικος αυτός είναι ο δικαιούχος των δικαιωμάτων.
- (2) Ο όρος "δικαιώματα", όπως χρησιμοποιείται σ' αυτά το Άρθρο, σημαίνει κάθε φύσης πληρωμές που εισπράττονται έναντι της χρήσης ή του δικαιώματος χρήσης οποιουδήποτε ουγγροφικού δικαιώματος λογατεχνικής, καλλιτεχνικής ή επιστημονικής εργασίας, περιλαμβανομένων κινηματογραφικών ταινιών, οποιουδήποτε δικαιώματος ευρεσιτεχνίας, εμπορικού σήματος, σχεδίου ή προτύπου, μηχανικού σχεδίου, μυστικού τύπου ή διαδικασίας παραγωγής, ή για την χρησιμοποίηση, ή το δικαίωμα χρησιμοποίησης βιομηχανικού, εμπορικού, ή επιστημονικού εξοπλισμού, ή για πληροφορίες που αφορούν σε βιομηχανική, εμπορική ή επιστημονική εμπειρία.
- (3) Οι διατάξεις της παραγράφου (1) δεν εφαρμόζονται όν ο δικαιούχος των δικαιωμάτων, ως κάτοικος ενός Συμβαλλόμενου Κράτους, διεξάγει εργασίες στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος στο οποίο προκύπτουν τα δικαιώματα αυτά, μέσου μόνιμης εγκατάστασης που βρίσκεται σ' αυτό, ή παρέχει σ' αυτό το άλλο Κράτος ανεξάρτητες επαγγελματικές

υπηρεσίες από σταθερή βάση που βρίσκεται σ' αυτό, και το δικαίωμα ή η ιδιοκτησία, σχετικά με την οποία καταβάλλονται τα δικαιώματα αυτά, είναι ουσιαστικά συνδεδεμένα με αυτή την μόνιμη εγκατάσταση ή σταθερή βάση. Σε τέτοια περίπτωση εφαρμόζονται οι διατάξεις του Άρθρου 7 ή του Άρθρου 14, ανάλογα με την περίπτωση.

- (4) Όπου, λόγω ειδικής σχέσης μεταξύ αυτού που καταβάλλει τα δικαιώματα και του δικαιούχου αυτών ή μεταξύ αυτών και κάποιου τρίτου πρoσώπου, τα ποσά των δικαιωμάτων, λαμβανομένης δεόντως υπόψη της χρήσης του δικαιώματος ή των πληροφοριών για τις οποίες καταβάλλονται αυτά, υπερβαίνει το ποσό το οποίο θα συμφωνείτο μεταξύ του καταβάλλοντος και του δικαιούχου αν δεν υπήρχε αυτή η σχέση, οι διατάξεις του παρόντος Άρθρου εφαρμόζονται μόνο στο τελευταίο αναφερόμενο ποσό. Σε τέτοια περίπτωση, το επιπλέον μέρος των πληρωμών θα φορολογείται σύμφωνα με τη νομοθεσία του κάθε Συμβαλλόμενου Κράτους, λαμβανομένου υπόψη και των άλλων διατάξεων της παρούσης Σύμβασης.

Άρθρο 13

ΚΕΦΑΛΑΙΟΥΧΙΚΑ ΚΕΡΔΗ

- (1) Κέρδη που προκύπτουν σε κάποια ενός Συμβαλλόμενου Κράτους από την αποξένωση ακίνητης ιδιοκτησίας που αναφέρεται στο Άρθρο 6 και βρίσκεται στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος ή από την αποξένωση μεταχών εταιρείας της οποίας τα στοιχεία ενεργητικού αποτελούνται κυρίως από ακίνητη ιδιοκτησία, μπορούν να φορολογούνται στο άλλο αυτό Κράτος.
- (2) Κέρδη από την αποξένωση κινητής ιδιοκτησίας που αποτελεί μέρος ιδιοκτησίας μόνιμης εγκατάστασης την οποία επιχείρηση ενός Συμβαλλόμενου Κράτους διατηρεί στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος ή

κινητής ιδιοκτησίας που συνυφίνεται με σταθερή βάση διαθέσιμη σε κάτοικο ενός Συμβαλλόμενου Κράτους στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος για τα ακόπο ποροχής ανεξάρτητων επαγγελματικών υπηρεσιών, περιλαμβανομένων και κερδών από την αποξένωση τέτοιας μόνιμης εγκατάστασης (μόνης ή μαζί με όλη την επιχείρηση) ή τέτοιας σταθερής βάσης, μπορούν να φορολογούνται στο άλλο αυτό Κράτος.

- (3) Κέρδη που προκύπτουν από την αποξένωση πλοίων ή αεροσκαφών που χρησιμοποιούνται σε διεθνείς μεταφορές, ή κινητής περιουσίας που συνυφίνεται με την λειτουργία τέτοιων πλοίων ή αεροσκαφών θα φορολογούνται μόνο στο Συμβαλλόμενο Κράτος στο οποίο βρίσκεται η πραγματική έδρα της επιχείρησης.
- (4) Κέρδη από την αποξένωση οποιασδήποτε ιδιοκτησίας πλην αυτής που αναφέρεται στις παραγράφους 1, 2 και 3 φορολογούνται μόνο στο Συμβαλλόμενο Κράτος του οποίου αυτός που την αποξενώνεται είναι κάτοικός του.

Άρθρο 14

ΑΝΕΞΑΡΤΗΤΕΣ ΕΠΑΓΓΕΛΜΑΤΙΚΕΣ ΥΠΗΡΕΣΙΕΣ

- (1) Εισόδημα, που αποκτάται από κάτοικο Συμβαλλόμενου Κράτους από την παροχή επαγγελματικών υπηρεσιών ή από άλλες δραστηριότητες ανεξάρτητου χαρακτήρα φορολογείται μόνο στο Κράτος αυτό, εκτός εάν αυτός διατηρεί σταθερή βάση διαθέσιμη τακτικά σ' αυτό το άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος για τα σκοπό εκπλήρωσης των δραστηριοτήτων του. Αν αυτός διατηρεί τέτοια σταθερή βάση, το εισόδημα μπορεί να φορολογηθεί στο άλλο αυτό Κράτος, αλλά μόνο πάνω στο μέρος αυτού που αναλαγει σ' αυτή τη σταθερή βάση.

- (2) Ο όρος "επογγελματικές υπηρεσίες" περιλαμβάνει κυρίως ανεξάρτητες επιστημονικές, λογοτεχνικές, καλλιτεχνικές, εκπαιδευτικές ή διδακτικές δραστηριότητες, καθώς επίσης και ανεξάρτητες δραστηριότητες ιατρών, δικηγόρων, μηχανικών, αρχιτεκτόνων, οδοντιότρων και λογιστών.

Άρθρο 15

ΕΞΗΡΤΗΜΕΝΕΣ ΠΡΟΣΩΠΙΚΕΣ ΥΠΗΡΕΣΙΕΣ

- (1) Με επιφύλαξη των διατάξεων των Άρθρων 16, 18 και 19, μισθοί, ημερομίσθια και άλλες παρόμοιες αντιμισθίες που αποκτούνται από κάτοικο ενός Συμβαλλόμενου Κράτους για μισθωτές υπηρεσίες φορολογούνται μόνο στα Κράτος αυτό, εκτός αν οι μισθωτές υπηρεσίες παρέχονται στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος. Αν οι μισθωτές υπηρεσίες παρέχονται μ' αυτό τον τρόπο, η αντιμισθία που προέρχεται απ' αυτές μπορεί να φορολογείται στο άλλο αυτό Κράτος.
- (2) Ανεξάρτητα από τις διατάξεις της παραγράφου 1, αντιμισθία που αποκτάται από κάτοικο ενός Συμβαλλόμενου Κράτους για μισθωτές υπηρεσίες που παρέχονται στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος φορολογούνται μόνο στα πρώτο-ανεσερόμενα Κράτος όν:
- (α) αυτές που ποίρνει την αντιμισθία βρίσκεται στο άλλο κράτος για περίοδο ή περιόδους που δεν υπερβαίνουν συνολικά τις 183 μέρες εντός του συγκεκριμένου οικονομικού έτους, και
- (β) η αντιμισθία καταβάλλεται από, ή εκ μέρους εργοδότη, ο οποίος δεν είναι κάτοικος του άλλο Κράτους, και
- (γ) η αντιμισθία δεν επιβαρύνει από μόνιμη εγκατάσταση ή σταθερή βάση την οποία ο εργοδότης διατηρεί στο άλλο Κράτος.

- (3) Ανεξάρτητα από τις προηγούμενες διατάξεις του παρόντος Άρθρου, αντιμισθία που αποκτάται ονομαστικά με μισθωτές υπηρεσίες που παρέχονται πάνω σε πλοίο ή οεροσκάφος που χρησιμοποιείται σε διεθνείς μεταφορές μπορεί να φορολογείται στα Συμβαλλόμενο Κράτος στο οποίο βρίσκεται η έδρα πραγματικής διαίκησης της επιχείρησης.

Άρθρο 16

ΑΠΟΛΑΒΑΙ ΔΙΕΥΘΥΝΤΩΝ

Οι απολαβές διευθυντών και άλλες παρόμοιες πληρωμές που καταβάλλονται σε κάτοικο ενός Συμβαλλόμενου Κράτους, υπό την ιδιότητά του ως μέλος Διοικητικού Συμβουλίου Εταιρείας, η οποία είναι κάτοικος τσσ άλλου Συμβαλλόμενου Κράτους μπορούν να φορολογούνται στο άλλο αυτό Κράτος.

Άρθρο 17

ΚΑΛΛΙΤΕΧΝΕΣ ΚΑΙ ΑΘΛΗΤΕΣ

- (1) Ανεξάρτητα από τις διατάξεις των Άρθρων 14 και 15, εισόδημα που αποκτάται από προσωπικές δραστηριότητες κατοίκου ενός Συμβαλλόμενου Κράτους για υπηρεσίες ψυχαγωγίας που παρέχει ως καλλιτέχνης-θεάτραυ, κινηματογράφου, ραδιοφώνου ή τηλεόρασης, ή ως μουσικός, ή ως αθλητής και που διεξάγονται στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος μπορεί να φορολογείται στο άλλο αυτό Κράτος.
- (2) Όπου εισόδημα ονομαστικά με τις προσωπικές δραστηριότητες που διεξάγονται από ένα πρόσωπο, που παρέχει υπηρεσίες δημόσιας

φυχογωγίας ή από αθλητή, δεν περιέρχεται στο πρόσωπο αυτό αλλά σε άλλα πρόσωπα, το εισόδημα αυτό μπορεί, ανεξάρτητα από τις διατάξεις των Άρθρων 7, 14 και 15, να φορολογηθεί στο Συμβαλλόμενο Κράτος μέσα στο οποίο γίνονται οι δραστηριότητες του προσώπου που παρέχει υπηρεσίες δημόσιας ψυχογωγίας ή αθλητή.

Άρθρο 19

ΣΥΝΤΑΞΕΙΣ

Τηρουμένων των διατάξεων της παραγράφου 2 του Άρθρου 19, οι συντάξεις και άλλες παρόμοιες αντιμισθίες που καταβάλλονται σ' ένα κáταικο ενός Συμβαλλόμενου Κράτους αναφορικά με προηγούμενη σποραχóλησή του θα φορολογείται μόνο στο Κράτος αυτό.

Άρθρο 19

ΚΥΒΕΡΝΗΤΙΚΕΣ ΥΠΗΡΕΣΙΕΣ

- (1) α) Αντιμισθία, εκτός από τη σύνταξη, που καταβάλλεται από ένα Συμβαλλόμενο Κράτος ή από παλιτική υποδιáιρεσή του, ή από ταπική του αρχή σε άτομο αναφορικά με υπηρεσίες που πρόσφερε στο Κράτος αυτό ή στην υποδιáιρεση αυτή ή στην αρχή αυτή φορολογείται μόνο στο Κράτος αυτό.
- β) Παρ' όλα αυτά, τέτοια αντιμισθία θα φορολογείται μόνο στα άλλα Συμβαλλόμενα Κράτος αν οι υπηρεσίες παρέχονται μέσα στα Κράτος αυτό και τα άτομο είναι κáταικος του Κράτους αυτού το οποία:
- (i) είναι πολίτης του Κράτους αυτού· ή
- (ii) δεν έχει γίνει κáταικος αυτού του Κράτους αποκλειστικά για τα σκοπό παραχής υπηρεσιών.

- (2) Η παράγραφος 1 εφαρμόζεται επίσης πένυ σε αντιμισθία, που παίρνουν το μέλη του προσωπικού του Αυστριακού Εμπορικού Επιτρόπου στην Κύπρο
- (3) α) Οποιοδήποτε σύνταξη που καταβάλλεται από Συμβαλλόμενο Κράτος ή πολιτική του υποδιαίρεση ή τοπική του αρχή ή από τομείς που ιδρύθηκαν από αυτό, σε άτομο αναφορικά με τις υπηρεσίες που πρόσφερε στο Κράτος αυτό ή υποδιαίρεση ή αρχή θα φορολογείται μόνο στο Κράτος αυτό.
- β) Παρούτα, τέτοια σύνταξη θα φορολογείται μόνο στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος αν το άτομο είναι κάτοικος και πολίτης αυτού του Κράτους.
- (4) Οι διατάξεις των Άρθρων 15, 16 και 18 εφαρμόζονται πένυ στην αντιμισθία και τις συντάξεις αναφορικά με υπηρεσίες που προσφέρονται σχετικά με επιχείρηση που διεξάγεται από Συμβαλλόμενο Κράτος ή πολιτική υποδιαίρεση ή τοπική αρχή αυτού.

Άρθρο 20

ΣΠΟΥΔΑΣΤΕΣ ΚΑΙ ΜΟΗΤΕΥΟΜΕΝΟΙ ΣΕ ΕΠΙΧΕΙΡΗΣΕΙΣ

- (1) Πληρωμές που παίρνει σπουδαστής ή μοητευόμενος ο οποίος είναι, ή ήταν αμέσως πριν από την επίσκεψή του στο Συμβαλλόμενο Κράτος, κάτοικος του άλλου Συμβαλλομένου Κράτους και ο οποίος βρίσκεται στο πρώτο-αναφερόμενο Κράτος μόνο για σκοπούς εκπαίδευσης ή επιμόρφωσης, για σκοπούς συντήρησης, εκπαίδευσης ή επιμόρφωσής του, εξαιρούνται φορολογίας σ' αυτό το Κράτος, νοουμένου ότι οι πληρωμές αυτές προέρχονται από πηγής εκτός του Κράτους αυτού.
- (2) Αντιμισθία την οποία σπουδαστής ή μοητευόμενος, ο οποίος είναι ή ήταν στο παρελθόν κάτοικος ενός Συμβαλλόμενου Κράτους, λαμβάνει από εργασία που σκεεί στο άλλο συμβαλλόμενο Κράτος για μια περίοδο ή περιόδους που δεν υπερβαίνουν το σύνολο των 183 ημερών σ' ένα οικονομικό έτος, δεν υπόκεινται σε φορολογία σ' αυτό το άλλο

Κράτος, όν η επασχόληση έχει όμεση οχέση με τις σπουδές του ή τη μαθητεία του.

Άρθρο 21

ΆΛΛΑ ΕΙΣΟΔΗΜΑΤΑ

- (1) Άλλα εισοδήματα καταίκου ενός Συμβολλόμενου Κράτους, επ' οπουδήςποτε και ον προκύπτουν, που δεν' αναφέρονται στα πρσηγούμενα Άρθρα της πορούσας Σύμβουσης φορολογούνται μόνο στο Κράτος αυτό.
- (2) Οι διατάξεις της παραγράφου 1 δεν' εφαρμόζονται σε εισόδημα, εξαιρουμένου εισοδήματος από ακίνητη ιδιοκτησία όπως αυτό ορίζεται στη παράγραφο 2 του Άρθρου 6, όν ο αποδέκτης του εισοδήματος αυτού, ως κάτοικος ενός Συμβαλλόμενου Κράτους, διεξάγει επιχείρηση στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος μέσω μόνιμης εγκατάστασης που βρίσκεται σ' αυτό, ή παρέχει σ' αυτό το άλλο Κράτος ανεξάρτητες επαγγελματικές υπηρεσίες από σταθερή βάση που βρίσκεται σ' αυτό, και το δικαίωμα ή η ιδιοκτησία για την οποία καταβάλλεται το εισόδημα συνδέεται πρσγματικά μ' αυτή τη μόνιμη εγκατάσταση ή στοθερή βάση. Σ' αυτή την περίπτωση οι διατάξεις του Άρθρου 7 ή του Άρθρου 14 εφαρμόζονται ονόλογα με τη: περίπτωση.

Άρθρο 22

ΚΕΦΑΛΑΙΟ

- (1) Κεφάλαιο που αντιπρσσωπεύεται από ακίνητη ιδιοκτησία, που αναφέρεται στο Άρθρο 6, του οποίου ιδιοκτήτης είναι κάτοικος ενός Συμβαλλόμενου Κράτους και το οποίο βρίσκεται στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος, μπορεί να φορολογείται σ' αυτό το άλλο Κράτος.

- (2) Κεφάλαιο που αντιπροσωπεύεται από κινητή ιδιοκτησία που αποτελεί μέρος της ιδιοκτησίας επιχείρησης μόνιμης εγκατάστασης, την οποία μια επιχείρηση Συμβαλλόμενου Κράτους έχει στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος, ή Κεφάλαιο από κινητή ιδιοκτησία που συνυφίνεται με σταθερή βάση διαθέσιμη σε κάτοικο ενός Συμβαλλόμενου Κράτους στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος με σκοπό την ποροχή ανεξάρτητων επαγγελματικών υπηρεσιών, μπορεί να φορολογείται σ' αυτό το άλλο Κράτος.
- (3) Κεφάλαιο που αντιπροσωπεύεται από πλοία και αεροσκάφη που χρησιμοποιούνται σε διεθνείς μεταφορές καθώς και από ακίνητη ιδιοκτησία που συνυφίνεται με τη λειτουργία τέτοιων πλοίων και αεροσκαφών, θα φορολογείται μόνο στο Συμβαλλόμενο Κράτος στο οποίο βρίσκεται η πραγματική έδρα της διαίκησης της επιχείρησης.
- (4) Όλα τα άλλα στοιχεία κεφαλαίου καταίκου ενός Συμβαλλόμενου Κράτους θα φορολογούνται μόνο σ' αυτό το Κράτος.

Άρθρο 23

ΕΞΑΙΡΕΣΗ ΤΗΣ ΔΙΠΛΗΣ ΦΟΡΟΛΟΓΙΑΣ

- (1) Όπου κάτοικος ενός Συμβαλλόμενου Κράτους αποκτά εισόδημα ή κατέχει κεφάλαια το οποίο, σύμφωνα με τις διατάξεις αυτής της Σύμβασης μπορεί να φορολογείται στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος, το πρώτο-αναφερόμενο Κράτος θα εξαιρεί το εισόδημα αυτό ή το κεφάλαιο αυτό από την φορολογία, τηρουμένων των διατάξεων των παραγράφων 2 και 3.
- (2) Όπου κάτοικος ενός Συμβαλλόμενου Κράτους αποκτά στοιχεία εισοδήματος το οποίο, σύμφωνα με τις διατάξεις του Άρθρου 10 μπορούν να φορολογούνται στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος, το πρώτο-αναφερόμενο Κράτος θα επιτρέπει έκπτωση, από το φόρο εισοδήματος αυτού του κατοίκου, πσοσού ίσου με το φόρο που τελικά καταβάλλεται σ' αυτό το άλλο Κράτος, λαμβάνοντας υπόψη τον πληρωτέο φόρο για τα κέρδη από τα

οποίο πληρώνεται το μέρισμα. Παρ' όλα τούτα, η έκπτωση αυτή δεν θα υπερβεί το μέρος του φόρου, όπως υπολογίστηκε πριν από την έκπτωση, το οποίο αναλογεί σε τέτοια στοιχείο εισοδήματος που αποκτούνται από αυτό το άλλο Κράτος.

- (3) Για τους σκοπούς της παραγράφου 2, όπου, λόγω ειδικών διατάξεων για την προώθηση της βιομηχανικής ανάπτυξης, ο Κυπριακός φόρος έχει μειωθεί σε λιγότερο από 15%, ο φόρος που καταβάλλεται στην Κύπρο θεωρείται ότι είναι 15% πάνω στο ακοθριστο προϊόν του μερίσματος.
- (4) Όπου, σύμφωνα με τις διατάξεις της παρούσας Σύμβασης, εισόδημα ή κεφάλαιο που ανήκει σε κάτοικο ενός Συμβαλλόμενου Κράτους οπολάσσεται από τη φορολογία στο Κράτος αυτό, το Κράτος αυτό μπορεί, παρ'όλ'αυτό, υπολογίζοντας το φόρο πάνω στο υπόλοιπο εισόδημα ή κεφάλαιο αυτού του κατοίκου, να λάβει υπόψη το απολογμένο εισόδημα ή κεφάλαιο.

Άρθρο 24

ΑΠΑΓΟΡΕΥΣΗ ΔΥΣΜΕΝΩΝ ΔΙΑΚΡΙΣΕΩΝ

- (1) Οι πολίτες ενός Συμβαλλόμενου Κράτους δεν υπόκεινται στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος ο'οποιαδήποτε φορολογία ή οποιαδήποτε σχετική υποχρέωση διαφορετική ή δυσμενέστερη της φορολογίας και των σχετικών υποχρεώσεων στις οποίες, κάτω από αυτές τις συνθήκες, υπόκεινται ή δυνατό να υπόκεινται οι πολίτες του άλλου Κράτους. Ανεξάρτητα από τις διατάξεις του Άρθρου 1, η παρούσα διάταξη εφαρμόζεται επίσης πάνω στο πρόσωπα τα οποία δεν είναι κάτοικοι του ενός ή και των δύο Συμβαλλόμενων Κρατών.
- (2) Ο όρος "πολίτης" σημαίνει:
- α) κάθε άτομο που κατέχει την ιθαγένεια ενός Συμβαλλόμενου Κράτους·
 - β) κάθε νομικό πρόσωπο, συνεταιρισμό και σύνδεσμο που αποκτά

τη νομική του υπόσταση υπό τη νομοθεσία που ισχύει σ' ένα Συμβαλλόμενο Κράτος.

- (3) Η φορολογία μόνιμης εγκατάστασης, την οποία επιχείρηση ενός Συμβαλλόμενου Κράτους διατηρεί στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος, δε θα τυγχάνει λιγότεραν ευνοϊκής μεταχείρισης στα άλλα Συμβαλλόμενα Κράτος από τη φορολογία που επιβάλλεται υπό το άλλο αυτό Κράτος πάνω σε επιχειρήσεις που ασχολούνται με τις ίδιες δραστηριότητες. Αυτή η διάταξη δε θα ερμηνεύεται ως υποχρεώνουσα ένα Συμβαλλόμενο Κράτος να χορηγεί στους κατοίκους του άλλου Συμβαλλόμενου Κράτους οποιαδήποτε προσωπική έκπτωση, απαλλαγή ή μείωση για φορολογικούς σκοπούς λόγω της οριστικής κατάστασης ή οικογενειακών υποχρεώσεων που χορηγεί στους δικούς του κατοίκους.
- (4) Εκτός της περίπτωσης όπου εφαρμόζονται οι διατάξεις της παραγράφου 1 του Άρθρου 9, της παραγράφου 4 του Άρθρου 11, ή της παραγράφου 4 του Άρθρου 12, τάκοι, δικοιώματα και άλλες πληρωμές που καταβάλλονται από επιχείρηση ενός Συμβαλλόμενου Κράτους σε κάτοικο του άλλου Συμβαλλόμενου Κράτους θα εκπίπτονται, κάτω από τις ίδιες προϋποθέσεις, ως να είχαν καταβληθεί στον κάτοικο του πρώτου αναφερόμενου Κράτους. Παρόμοια, οποιασδήποτε οφειλές επιχείρησης ενός Συμβαλλόμενου Κράτους σε κάτοικο του άλλου Συμβαλλόμενου Κράτους, για σκοπούς υπολογισμού του φορολογητέου κεφαλαίου της επιχείρησης, θα εκπίπτονται κάτω από τις ίδιες προϋποθέσεις, ως να είχαν συνταχθεί με κάτοικο του πρώτου αναφερόμενου Κράτους.
- (5) Επιχειρήσεις ενός Συμβαλλόμενου Κράτους, το κεφάλαιο των οποίων ανήκει εξ ολοκλήρου ή μερικώς σε ή ελέγχεται άμεσα ή έμμεσα από, ένα ή περισσότερους κατοίκους του άλλου Συμβαλλόμενου Κράτους, δε θα υπόκεινται μέσο στο πρώτο αναφερόμενο Κράτος σ' οποιοδήποτε φορολογία ή σχετική υποχρέωση που είναι διαφορετική ή δυσμενέστερη από την φορολογία και τις σχετικές υποχρεώσεις στις οποίες άλλες παρόμοιες επιχειρήσεις του πρώτου αναφερόμενου Κράτους υπόκεινται ή δυνατό να υπόκεινται.

- (6) Ανεξόρτητα από τις διατάξεις του Άρθρου 2, οι διατάξεις του Άρθρου αυτού εφαρμόζονται πάνω σε φόρους οποιασδήποτε κατηγορίας και περιγραφής.

Άρθρο 25

ΔΙΑΔΙΚΑΣΙΑ ΟΜΟΙΒΑΤΙΑΣ ΣΥΜΦΩΝΙΑΣ

- (1) Όπου πρόσωπο θεωρεί ότι οι ενέργειες του ενός ή και των δύο Συμβαλλόμενων Κρατών συνεπάγονται ή δυνατό να συνεπάγονται γι' αυτό την επιβολή φορολογίας που δεν συνάδει με τις διατάξεις αυτής της Σύμβασης, αυτό το πρόσωπο μπορεί, ανεξόρτητα με τα μέσα θεραπείας που προβλέπονται από τον εσωτερικό νόμο των Κρατών αυτών, να παρουσιάσει την υπόθεσή του στην αρμόδια αρχή του Συμβαλλόμενου Κράτους του οποίου είναι κάτοικος ή, εάν η περίπτωση του εμπίπτει στην παράγραφο 1 του Άρθρου 24, στο Συμβαλλόμενο Κράτος του οποίου είναι πολίτης. Η υπόθεσή του πρέπει να παρουσιαστεί μέσα σε τρία χρόνια από την πρώτη γνωστοποίηση της ενέργειας που οδήγησε στη φορολογία που δεν συνάδει με τις διατάξεις της Σύμβασης.
- (2) Η αρμόδια αρχή οφείλει, όν η ένσταση ρυαεί σ' αυτήν δικαιολογημένη και δεν είναι σε θέση η ίδια να δώσει την κατάλληλη λύση, να καταβάλει προσπάθεια για επίλυση της υπόθεσης με ομοιβαία συμφωνία μαζί με την αρμόδια αρχή του άλλου Συμβαλλόμενου Κράτους, με σκοπό την αποφυγή φορολογίας που δεν συνάδει με τη Σύμβαση. Οποιαδήποτε συμφωνία επιτευχθεί θα εφαρμόζεται ανεξόρτητα απ' οποιοδήποτε χρονικό περιορισμό που προβλέπεται στο εσωτερικό δίκαιο των Συμβαλλόμενων Κρατών.
- (3) Οι αρμόδιες αρχές των Συμβαλλόμενων Κρατών οφείλουν να καταβάλλουν προσπάθειο για επίλυση, με ομοιβαία συμφωνία, οποιωνδήποτε δυσχερειών

ή ομφιβολιών προκύψουν από την ερμηνεία ή εφαρμογή της Σύμβασης. Μπορούν επίσης να διαβουλευούνται μαζί για την εξάλειψη της διπλής φορολογίας σε περιπτώσεις που δεν προνοούνται από τη Σύμβαση.

- (4) Οι αρμόδιες αρχές των Συμβαλλομένων Κρατών μπορούν να επικοινωνούν μεταξύ τους απευθείας με σκοπό την επίτευξη συμφωνίας με την έννοια των προηγούμενων παραγράφων. Όπου φαίνεται ενδεδειγμένο να έχουν προφανική ανταλλαγή απόψεων για την επίτευξη συμφωνίας, τέτοια ανταλλαγή μπορεί να γίνει μέσω μιας Επιτροπής που θα αποτελείται από αντιπροσώπους των αρμόδιων αρχών των Συμβαλλόμενων Κρατών.

Άρθρο 26

ΑΝΤΑΛΛΑΓΗ ΠΛΗΡΟΦΟΡΙΩΝ

- (1) Οι αρμόδιες αρχές των Συμβαλλόμενων Κρατών θα ανταλλάσσουν τέτοιες πληροφορίες οι οποίες είναι αναγκαίες για την εφαρμογή των διατάξεων της παρούσας Σύμβασης. Η ανταλλαγή πληροφοριών δεν περιορίζεται από το Άρθρο 1. Οποιαδήποτε πληροφορία που λαμβάνεται από Συμβαλλόμενο Κράτος θα θεωρείται απόρρητη, κατά τον ίδιο τρόπο που θεωρείται τέτοια, σύμφωνα με τους οικείους νόμους του Κράτους αυτού και θα αποκαλύπτεται μόνο σε πρόσωπο ή αρχές (περιλαμβανομένων δικαστηρίων και διοικητικών σωμάτων), που επιφορτίζονται με την βεβαίωση ή την είσπραξη ή την εκτέλεση ή δικαστική οποιήση των φόρων που καλύπτονται από τη Σύμβαση, ή την εκδίκαση εφέσεων σε σχέση με τους φόρους που καλύπτανται από τη Σύμβαση. Τα πρόσωπα αυτά ή οι αρχές αυτές θα χρησιμοποιούν τις πληροφορίες μόνο για αυτούς τους σκοπούς. Μπορούν να αποκαλύψουν τις πληροφορίες σε δημόσιες διαδικοασίες δικαστηρίων ή στις δικαστικές αποφάσεις.
- (2) Σε καμμιά περίπτωση οι διατάξεις της παραγράφου 1 θα ερμηνεύονται ως να επιβάλλουν στο Συμβαλλόμενο Κράτος την υποχρέωση:
- (α) εφαρμογής διοικητικών μέτρων που βρίσκονται σε αντίθεση με τη νομοθεσία και την διοικητική πρακτική αυτού ή του άλλου Συμβαλλόμενου Κράτους·

- (β) παροχής πληροφοριών που δεν μπορούν να ληφθούν βάσει των νόμων ή βάσει της συνηθισμένης διοικητικής διαδικασίας αυτού ή του άλλου Συμβολλούμενου Κράτους·
- (γ) παροχής πληροφοριών, οι οποίες θα αποκάλυπταν οποιοδήποτε συναλλακτικά, επιχειρησιακό, βιομηχανικό, εμπορικό ή επαγγελματικό απόρρητο ή εμπορική διαδικασία ή πληροφορίες, η αποκάλυψη των οποίων θα ήταν αντίθετη με τα δημόσια συμφέρο (ORDRE PUBLIC).

Άρθρο 27

ΔΙΠΛΩΜΑΤΙΚΟΙ ΑΝΤΙΠΡΟΣΩΠΟΙ ΚΑΙ
ΠΡΟΞΕΝΙΚΟΙ ΥΠΑΛΛΗΛΟΙ

Τίποτα στη παρούσα Σύμβαση δεν επηρεάζει τα δημοσιονομικά προνόμια των διπλωματικών αντιπροσώπων ή προξενικών λειτουργιών, που διέπονται από τους γενικούς κανόνες του διεθνούς δικαίου, ή από τις διοριστικές ειδικών συμφωνιών.

Άρθρο 28

ΕΜΑΡΞΗ ΙΣΧΥΟΣ

- (1) Η παρούσα Σύμβαση θα επικυρωθεί και τα έγγραφα επικύρωσης θα ανταλλάγουν στη Λευκωσία τα συντομότερο δυνατό.
- (2) Η Σύμβαση θα τεθεί σε ισχύ την πρώτη μέρα του τρίτου μήνα μετά την ημέρα κατά την οποία θα γίνει η ανταλλαγή των εγγράφων επικύρωσης και οι διοριστικές της θα ισχύουν σχετικά με φόρους για κάθε οικονομικό έτος που αρχίζει μετά την 31 Δεκεμβρίου του χρόνου μέσα στον οποίο έγινε η ανταλλαγή των εγγράφων.

Άρθρο 29ΤΕΡΜΑΤΙΣΜΟΣ

Η παρούσα Σύμβαση ισχύει μέχρις ότου τερματιστεί από Συμβαλλόμενο Κράτος. Οποιοδήποτε Συμβαλλόμενο Κράτος μπορεί να τερματίσει τη Σύμβαση, μέσω της διπλωματικής οδού, δίνοντας γραπτή προειδοποίηση τερματισμού κατά ή πριν από την τριακοστή μέρα του Ιουνίου του έτους μετά το πέμπτο έτος από την ημερομηνία έναρξης της ισχύος της. Σε τέτοια περίπτωση, η Σύμβαση παύει να ισχύει σχετικά με τους φόρους για οποιαδήποτε οικονομικό έτος που αρχίζει μετά την 31 Δεκεμβρίου του έτους μέσα στο οποίο δόθηκε η προειδοποίηση τερματισμού.

ΣΕ ΜΑΡΤΥΡΙΑ ΤΩΝ ΠΙΟ ΠΑΙΩΝ, οι Εκπρόσωποι των δύο Συμβαλλόμενων Κρατών, κατόπληλα εξουσιοδοτημένοι για αυτό, έχουν υπαγράψει την παρούσα Σύμβαση.

ΕΓΙΝΕ σε διπλούν στην ...Βιέννη..... την ~~εικοστή~~..... ημέρα του ~~μήνα Μαρτίου~~ 1992. στην Ελληνική, Γερμανική και Αγγλική γλώσσα και κάθε κείμενο είναι αυθεντικό. Σε περίπτωση αμφιβολίας υπερισχύει το Αγγλικό κείμενο.

Για την Δημοκρατία
της Αυστρίας



Για την Κυπριακή
Δημοκρατία



ΠΡΩΤΟΚΟΛΛΟ

Η ΔΗΜΟΚΡΑΤΙΑ ΤΗΣ ΑΥΣΤΡΙΑΣ
ΚΑΙ
Η ΚΥΠΡΙΑΚΗ ΔΗΜΟΚΡΑΤΙΑ

έχουν συμφωνήσει την υπογραφή της Σύμβασης μεταξύ των δύο Κρατών για την οπισφυγή διπλής φορολογίας σχετικό με την φορολογία του εισοδήματος και του κεφαλαίου, κάτω από τις ακόλουθες διατάξεις οι οποίες θα αποτελούν ουσιαστικό μέρος της Σύμβασης αυτής.

Για το Άρθρο 7

- (1) Κατό τον καθορισμό των κερδών από εργοτόξιο ή κατασκευή, συννομολόγηση ή εργασία εγκατάστασης, θα καταλογίζονται στη μόνιμη εγκατάσταση του Συμβαλλόμενου Κράτους μέσο στο οποίο βρίσκεται η μόνιμη εγκατάσταση, μόνο τα κέρδη που απορρέουν από τις δραστηριότητες αυτής της μόνιμης εγκατάστασης. Αν μηχανήματα ή εξοπλισμός παραδίδονται από τα κεντρικά γραφεία ή άλλη μόνιμη εγκατάσταση της επιχείρησης ή από τρίτο πρόσωπο σε σχέση μ' αυτές τις δραστηριότητες ή ανεξάρτητα απ' αυτές δεν θα καταλογίζεται στα κέρδη του εργοτόξιου, ή της κατασκευής, συναρμολόγησης ή εργασίας εγκατάστασης η αξία αυτών των παροχών.
- (2) Εισόδημα που αποκτάται από κάτοικο ενός Συμβαλλόμενου Κράτους από πραγματισμό, σχέδιο, κατασκευή ή δραστηριότητες έρευνας, καθώς επίσης και εισόδημα από τεχνικές υπηρεσίες που διεξάγονται σ' αυτό το Κράτος σχετικό με μόνιμη εγκατάσταση που βρίσκεται στο άλλο Συμβαλλόμενο Κράτος, δεν θα καταλογίζεται στη μόνιμη αυτή εγκατάσταση.

- (3) Ανεξάρτητα από τις διατάξεις της παραγράφου 3, καμμιά τέτοια έκπτωση δεν θα παρέχεται ανασφαιρικά με το ποσά, άν υπάρχουν, που κατοβάλλονται (άλλως ή για ακαπούς κάλυψης πραγματικών εξόδων) από τη μόνιμη εγκατάσταση στο κεντρικό γραφεία της επιχείρησης ή σ' οποιοδήποτε άλλο γραφείο της, ως δικαιώματα, αμοιβές ή άλλες παρόμοιες πληρωμές σε αντόλλαγμα της χρήσης ευρεσιτεχνικών ή άλλων δικαιωμάτων ή ως προμήθειο για ειδικές υπηρεσίες που παρέχονται, ή για τη διοίκηση, ή, εκτός από την περίπτωση τραπεζικής επιχείρησης, ως τόκος πόνω στα πασά που δανείζονται στη μόνιμη εγκατάσταση. Με τον ίδιο τρόπο, δεν θα λαμβάνεται καθόλου υπόψη, για τον καθαρισμό των κερδών μόνιμης εγκατάστασης, τα ποσά που χρεώνονται (άλλως ή για ακαπούς κάλυψης πραγματικών εξόδων), από τη μόνιμη εγκατάσταση στο κεντρικό γραφείο της επιχείρησης ή οποιοδήποτε γραφείο αυτής, ως δικαιώματα, αμοιβές ή άλλες παρόμοιες πληρωμές σε αντόλλαγμα για τη χρησιμοποίηση ευρεσιτεχνικών ή άλλων δικαιωμάτων, ή ως προμήθειο για ειδικές υπηρεσίες που παρέχονται, ή για τη διοίκηση, ή, εκτός από τη περίπτωση τραπεζικής επιχείρησης, ως τόκος πόνω στα πασά που δανείζονται στα κεντρικά γραφεία της επιχείρησης ή σ' οποιοδήποτε από τα άλλα γραφεία της.

ΕΓΙΝΕ εις διπλούν στην *Βιέννη του κειμένου* ... μέρα του *μικτα Μαρτ*, 1990
 στα Ελληνικά, Γερμανικά και Αγγλικά και τα κάθε κείμενο είναι αυθεντικό.
 Σε περίπτωση αμφιβολίας υπερισχύει το Αγγλικό Κείμενο.

Για την Δημοκρατία
 της Αυστρίας



Ferdinand Lacina

Για την Κυπριακή
 Δημοκρατία



George Syrimis

CONVENTION¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE
REPUBLIC OF CYPRUS FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE
TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON
CAPITAL

The Republic of Austria and the Republic of
Cyprus, desiring to conclude a Convention for the
avoidance of double taxation with respect to taxes
on income and on capital,

have agreed as follows:

Article 1

Personal Scope

This Convention shall apply to persons who are
residents of one or both of the Contracting States.

Article 2

Taxes Covered

(1) This Convention shall apply to taxes on
income and on capital imposed on behalf of a
Contracting State or of its political subdivisions or
local authorities, irrespective of the manner in which
they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income
and on capital all taxes imposed on total income, on
total capital, or on elements of income or of capital,
including taxes on gains from the alienation of
movable or immovable property, as well as taxes on
capital appreciation.

¹ Came into force on 1 January 1991, i.e., the first day of the third month following the month of the exchange of the instruments of ratification, which took place at Nicosia on 11 October 1990, in accordance with article 28 (2).

(3) The existing taxes to which the Convention shall apply are in particular:

(a) in Austria:

1. the income tax (die Einkommensteuer);
2. the corporation tax (die Körperschaftsteuer);
3. the directors' tax (die Aufsichtsratsabgabe);
4. the capital tax (die Vermögensteuer);
5. the tax on property eluding death duties (die Abgabe von Vermögen, die der Erbschaftssteuer entzogen sind);
6. the tax on commercial and industrial enterprises, including the tax levied on the sum of wages (die Gewerbesteuer einschließlich der Lohnsummensteuer);
7. the land tax (die Grundsteuer);
8. the tax on agricultural and forestry enterprises (die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben);
9. the tax on the value of vacant plots (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);

(b) in Cyprus:

1. the income tax;
2. the special contribution;
3. the capital gains tax;
4. the immovable property tax.

(4) The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes. At the end of each year, the competent authorities of the Contracting States shall notify each other of changes which have been made in their respective taxation laws.

Article 3

General Definitions

- (1) For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:
- (a) the term “Austria” means the Republic of Austria;
 - (b) the term “Cyprus” means the Republic of Cyprus and when used in a geographical sense includes the national territory, the territorial sea of Cyprus as well as other maritime areas over which Cyprus, in accordance with international law, exercises sovereign rights or jurisdiction;
 - (c) the term “person” includes an individual, a company and any other body of persons;
 - (d) the term “company” means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;
 - (e) the terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
 - (f) the term “international traffic” means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise which has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
 - (g) the term “competent authority” means:
 - (i) in Austria: the Federal Minister of Finance;
 - (ii) in Cyprus: the Minister of Finance or his authorised representative.

(2) As regards the application of the Convention by a Contracting State any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the law of that State concerning the taxes to which the Convention applies.

Article 4

Resident

(1) For the purposes of this Convention, the term “resident of a Contracting State” means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature. But this term does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- (a) he shall be deemed to be a resident of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- (b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident of the State in which he has an habitual abode;

- (c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the State of which he is a national;
 - (d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting State shall endeavour to settle the question by mutual agreement according to Article 25.
- (3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5

Permanent Establishment

- (1) For the purposes of this Convention, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.
- (2) The term “permanent establishment” includes especially:
- (a) a place of management;
 - (b) a branch;
 - (c) an office;
 - (d) a factory;
 - (e) a workshop, and
 - (f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.
- (3) A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than 24 months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article the term “permanent establishment” shall be deemed not to include:

- (a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- (b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- (c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- (d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- (e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- (f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs (a) to (e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person — other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies — is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that

enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6

Income from immovable property

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term “immovable property” shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law

respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7

Business Profits

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Convention, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

(8) The term “profits” as used in this Article includes the profits derived by any partner from his participation in a partnership including a participation in a sleeping partnership.

Article 8

Shipping and air transport

(1) Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) If the place of effective management of a shipping enterprise is aboard a ship, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

(3) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9

Associated enterprises

(1) Where

(a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or

(b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises,

then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State—and taxes accordingly—profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Convention and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

Article 10

Dividends

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the dividends the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the dividends.

(3) The term “dividends” as used in this Article means income from shares, “jouissance” shares or “jouissance” rights, founders’ shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident. In the case of Austria the term “dividends” as used in this Article includes also income from “participation shares” (“Partizipationsscheine”) in the sense of the Austrian Law on credit affairs (“Kreditwesengesetz”).

(4) Notwithstanding the provisions of paragraph 2—as long as Cyprus does not impose tax at source on dividends—dividends paid by a company which is a resident of Cyprus to a resident of Austria shall not be subject to any tax imposed by Cyprus in excess of the tax imposed with respect to the profits or earnings out of which such dividends are paid. An individual resident of Austria shall be entitled to a refund of any Cyprus tax imposed with respect to the profits or earnings out of which a dividend is paid, to the extent that this tax exceeds the individual’s tax liability in Cyprus, but may not be subject to any tax in addition to the one paid by the company.

(5) The provisions of paragraphs 1, 2 and 4 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(6) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11

Interest

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State.

(2) The term "interest" as used in this Article means income from debt claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business

in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(4) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 12

Royalties

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State if such resident is the beneficial owner of the royalties.

(2) The term “royalties” as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for the use of, or the right to use, industrial, commercial, or scientific equipment, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(3) The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(4) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 13

Capital Gains

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State or from the alienation of shares in a company the assets of which consist wholly or almost wholly of such property may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a

Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

(3) Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic, or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1, 2 and 3, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14

Independent personal services

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State unless he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities. If he has such a fixed base, the income may be taxed in the other State but only so much of it as is attributable to that fixed base.

(2) The term “professional services” includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

Article 15

Dependent personal services

(1) Subject to the provisions of Articles 16, 18 and 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- (a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, and
- (b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- (c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

Article 16

Directors' fees

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17

Artistes and athletes

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as an athlete, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or an athlete in his capacity as such accrues not to the entertainer or athlete himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or athlete are exercised.

Article 18

Pensions

Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 19, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 19

Government Service

- (1) (a) Remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority shall be taxable only in that State.
- (b) However, such remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that

State and the individual is a resident of that State who:

- (i) is a national of that State; or
- (ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.

(2) Paragraph 1 shall also apply to remuneration received by the members of the staff of the Austrian Trade Commissioner for Cyprus.

(3) (a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority shall be taxable only in that State.

(b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.

(4) The provisions of Articles 15, 16 and 18 shall apply to remuneration and pensions in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof.

Article 20

Students and Business Apprentices

(1) Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

(2) Remuneration which a student or business apprentice who is or was formerly a resident of a Contracting State derives from an employment which he exercises in the other Contracting State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned shall not be taxed in that other State if the employment is directly related to his studies or apprenticeship.

Article 21

Other Income

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Convention shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

Article 22

Capital

(1) Capital represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a

permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services may be taxed in that other State.

(3) Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic and by movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 23

Elimination of Double Taxation

(1) Where a resident of a Contracting State derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention may be taxed in the other Contracting State, the first-mentioned State shall, subject to the provisions of paragraphs 2 and 3, exempt such income or capital from tax.

(2) Where a resident of a Contracting State derives items of income which, in accordance with the provisions of Article 10 may be taxed in the other Contracting State, the first-mentioned State shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the tax finally paid in that other State taking into account the tax payable in respect of the profits out of which the dividend is paid. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given which is attributable to such items of income derived from that other State.

(3) For the purposes of paragraph 2, where by reason of special provisions for the promotion of industrial development, Cyprus tax has been reduced to less than 15 per cent the tax paid in Cyprus shall be deemed to have been 15 per cent of the gross amount of the dividend.

(4) Where in accordance with any provision of the Convention income derived or capital owned by a resident of a Contracting State is exempt from tax in that State, such State may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

Article 24

Non-Discrimination

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) The term “nationals” means:

- (a) all individuals possessing the nationality of a Contracting State;
- (b) all legal persons, partnerships and associations deriving their status as such from the laws in force in a Contracting State.

(3) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on

enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(4) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 4 of Article 11, or paragraph 4 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(5) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(6) The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 25

Mutual agreement procedure

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 24, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs. When it seems

advisable in order to reach agreement to have an oral exchange of opinions, such exchange may take place through a Commission consisting of representatives of the competent authorities of the Contracting States.

Article 26

Exchange of information

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Convention. The exchange of information is not restricted by Article 1. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) involved in the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by the Convention. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- (a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- (b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;

- (c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

Article 27

Diplomatic agents and consular officers

Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of diplomatic agents or consular officers under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 28

Entry into force

(1) This Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at Nicosia as soon as possible.

(2) The Convention shall enter into force on the first day of the third month next following that in which the exchange of instruments of ratification takes place and its provisions shall have effect in respect of taxes for any fiscal year beginning after December 31 in the calendar year in which the exchange of instruments of ratification takes place.

Article 29

Termination

This Convention shall remain in force until terminated by a Contracting State. Either Contracting State may terminate the Convention, through diplomatic channels, by giving written notice of termination on or before the thirtieth day of June in a calendar year after the fifth year from the date of entry into force of the Convention. In such event,

the Convention shall cease to have effect in respect of the taxes for any fiscal year beginning after December 31 in the calendar year in which the notice of termination has been given.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Convention.

DONE in duplicate in Vienna on the 20th day of March, 1990, in the German, Greek and English languages, each text being equally authentic. In case of doubt the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

FERDINAND LACINA

For the Republic of Cyprus:

GEORGE SYRIMIS

PROTOCOL
THE REPUBLIC OF AUSTRIA
AND
THE REPUBLIC OF CYPRUS

have agreed at the signing of the Convention between both States for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital upon the following provisions which shall form an integral part of the said Convention:

Ad Article 7:

(1) In the determination of the profits of a building site or construction, assembly or installation project there shall be attributed to that permanent establishment in the Contracting State in which the permanent establishment is situated only the profits resulting from the activities of the permanent establishment as such. If machinery or equipment is delivered from the head office or another permanent establishment of the enterprise or a third person in connection with those activities or independently therefrom there shall not be attributed to the profits of the building site or construction, assembly or installation project the value of such deliveries.

(2) Income derived by a resident of a Contracting State from planning, project, construction or research activities as well as income from technical services exercised in that State in connection with a permanent establishment situated in the other Contracting State, shall not be attributed to that permanent establishment.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 3 no such deduction shall be allowed in respect of amounts, if any, paid (otherwise than towards reimbursement of actual expenses) by the permanent establishment to the head office of the

enterprise or any of its other offices, by way of royalties, fees or other similar payments in return for the use of patents or other rights, or by way of commission for specific services performed or for management, or, except in the case of a banking enterprise, by way of interest on moneys lent to the permanent establishment. Likewise, no account shall be taken, in the determination of the profits of a permanent establishment, for amounts charged (otherwise than towards reimbursement of actual expenses), by the permanent establishment to the head office of the enterprise or any of its other offices, by way of royalties, fees or other similar payments in return for the use of patents or other rights, or by way of commission for specific services performed or for management, or, except in the case of a banking enterprise, by way of interest on moneys lent to the head office of the enterprise or any of its other offices.

DONE in duplicate in Vienna on the 20th day of March, 1990, in the German, Greek and English languages, each text being equally authentic. In case of doubt the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

FERDINAND LACINA

For the Republic of Cyprus:

GEORGE SYRIMIS

[TRADUCTION — TRANSLATION]

CONVENTION¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE DE CHYPRE TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA FORTUNE

La République d'Autriche et la République de Chypre, désireuses de conclure une convention afin d'éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier. PERSONNES VISÉES

La présente Convention s'applique aux personnes qui sont résidents de l'un des Etats contractants ou des deux Etats contractants.

Article 2. IMPÔTS VISÉS

1) La présente Convention s'applique aux impôts sur le revenu et sur la fortune perçus pour le compte de l'un des Etats contractants, de ses subdivisions politiques ou de ses collectivités locales, quel que soit le mode de perception.

2) Sont considérés comme impôts sur le revenu et sur la fortune, tous impôts perçus sur le revenu total, sur la fortune totale, ou sur des éléments du revenu ou de la fortune, y compris les impôts sur les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers ou immobiliers, ainsi que les impôts sur les plus-values.

3) Les impôts actuels auxquels s'applique la présente Convention sont notamment :

a) En Autriche :

1. L'impôt sur le revenu (*Einkommensteuer*);
2. L'impôt sur les sociétés (*Körperschaftsteuer*);
3. L'impôt sur le revenu des administrateurs (*Aufsichtsratsabgabe*);
4. L'impôt sur la fortune (*Vermögensteuer*);
5. L'impôt sur les biens non imposés au titre de l'impôt sur les successions (*Abgabe von Vermögen, die der Erbschaftssteuer entzogen sind*);
6. L'impôt sur les entreprises commerciales et industrielles, y compris l'impôt sur la masse salariale (*Gewerbsteuer einschliesslich der Lohnsummensteuer*);
7. L'impôt foncier (*Grundsteuer*);
8. L'impôt sur le revenu des exploitations agricoles et forestières (*Abgabe von Land- und forstwirtschaftlichen Betrieben*);

¹ Entrée en vigueur le 1^{er} janvier 1991, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi celui de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Nicosie le 11 octobre 1990, conformément au paragraphe 2 de l'article 28.

9. L'impôt sur les terrains non bâtis (*Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken*)

b) A Chypre :

1. L'impôt sur le revenu;
2. L'impôt spécial;
3. L'impôt sur les plus-values;
4. L'impôt sur les biens immobiliers.

4) La présente Convention s'applique aussi aux impôts identiques ou sensiblement analogues qui seraient établis après la signature de la présente Convention et qui s'ajouteraient aux impôts actuels ou qui les remplaceraient. Les autorités compétentes des Etats contractants se notifieront, le cas échéant, à la fin de chaque année, les modifications apportées à leurs législations fiscales respectives.

Article 3. DÉFINITIONS GÉNÉRALES

1) Aux fins de la présente Convention, à moins que le contexte n'impose un sens différent,

a) Le mot « Autriche » désigne la République d'Autriche;

b) Le mot « Chypre » désigne la République de Chypre et, lorsqu'il est employé dans un sens géographique, la mer territoriale chypriote ainsi que d'autres étendues maritimes sur lesquelles Chypre exerce des droits souverains ou sa compétence conformément au droit international;

c) Le mot « personne » désigne les personnes physiques, les sociétés et tout autre groupement de personnes;

d) Le mot « société » désigne les personnes morales ou les titulaires de droits considérés comme des personnes morales aux fins de l'imposition;

e) Les mots « entreprise d'un Etat contractant » et « entreprise de l'autre Etat contractant » désignent, respectivement, une entreprise exploitée par un résident d'un Etat contractant et une entreprise exploitée par un résident de l'autre Etat contractant;

f) Les mots « trafic international » s'entendent de tout transport effectué par un navire ou un aéronef exploité par une entreprise dont le siège de direction effective est situé dans un Etat contractant, sauf lorsque le navire ou l'aéronef est exploité uniquement entre des points situés dans l'autre Etat contractant;

g) Les mots « autorité compétente » désignent :

- i) En Autriche, le Ministre fédéral des finances,
- ii) A Chypre, le Ministre des finances ou son représentant autorisé.

2) Aux fins de l'application de la présente Convention par un Etat contractant, tout mot ou groupe de mots qui n'est pas défini dans cette Convention a le sens que lui attribue la législation de cet Etat concernant les impôts auxquels s'applique ladite Convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente.

Article 4. RÉSIDENT

1) Aux fins de la présente Convention, les mots « résident d'un Etat contractant » désignent toute personne qui, en vertu de la législation de cet Etat, est assujettie à l'impôt dans cet Etat en raison de son domicile, de sa résidence, de son siège de

direction ou de tout autre critère de nature analogue. Ils ne désignent pas une personne qui est imposable dans ledit Etat uniquement au titre de revenus provenant de cet Etat ou d'une fortune située dans cet Etat.

2) Lorsque, selon les dispositions du paragraphe 1 du présent article, une personne physique est résident des deux Etats contractants, sa situation est réglée de la manière suivante :

a) Cette personne est considérée comme résident de l'Etat où elle dispose d'un foyer d'habitation permanent; si elle dispose d'un foyer d'habitation permanent dans les deux Etats, elle est considérée comme résident de l'Etat avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux);

b) Si l'Etat où cette personne a le centre de ses intérêts vitaux ne peut pas être déterminé, ou si elle ne dispose d'un foyer d'habitation permanent dans aucun des Etats, elle est considérée comme résident de l'Etat où elle séjourne de façon habituelle;

c) Si cette personne séjourne de façon habituelle dans les deux Etats ou si elle ne séjourne de façon habituelle dans aucun d'eux, elle est considérée comme résident de l'Etat dont elle possède la nationalité;

d) Si cette personne possède la nationalité des deux Etats ou si elle ne possède la nationalité d'aucun d'eux, les autorités compétentes des Etats contractants tranchent la question d'un commun accord.

3) Lorsque, selon les dispositions du paragraphe 1 du présent article, une personne autre qu'une personne physique est résident des deux Etats contractants, elle est considérée comme résident de l'Etat où son siège de direction effective est situé.

Article 5. Etablissement stable

1) Aux fins de la présente Convention, l'expression « établissement stable » désigne une installation fixe d'affaires par l'intermédiaire de laquelle une entreprise exerce tout ou partie de ses activités.

2) L'expression « établissement stable » désigne notamment :

a) Un siège de direction;

b) Une succursale;

c) Un bureau;

d) Une usine;

e) Un atelier; et

f) Une mine, un puit de pétrole ou de gaz, une carrière ou tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles.

3) Un chantier de construction ou un projet de construction, de montage ou d'installation ne constitue un établissement stable que si l'activité s'y poursuit pendant plus de 24 mois.

4) Nonobstant les dispositions des paragraphes 1, 2 et 3 du présent article, on considère qu'il n'y a pas « établissement stable » si :

a) Il est fait usage d'installations aux seules fins d'entreposage, d'exposition ou de livraison de biens ou de marchandises appartenant à l'entreprise;

b) Des biens ou des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposés aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison;

c) Des biens ou des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposés aux seules fins de transformation par une autre entreprise;

d) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'acheter des biens ou des marchandises ou de réunir des informations pour l'entreprise;

e) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'effectuer toute autre activité analogue qui a pour l'entreprise un caractère préparatoire ou auxiliaire;

f) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins de l'exercice cumulé d'activités mentionnées aux alinéas a à e du présent paragraphe à condition que l'activité d'ensemble de l'installation fixe d'affaires résultant de ce cumul garde un caractère préparatoire ou auxiliaire.

5) Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article, lorsqu'une personne — autre qu'un agent jouissant d'un statut indépendant auquel s'applique le paragraphe 6 — agit dans un Etat contractant pour une entreprise d'un autre Etat contractant et exerce habituellement le pouvoir de conclure des contrats au nom de l'entreprise, cette entreprise est considérée comme ayant un établissement stable dans cet Etat pour toutes activités que cette personne exerce pour elle, à moins que les activités de cette personne ne soient limitées à celles qui sont énumérées au paragraphe 4 et qui, exercées dans une installation fixe d'affaires, ne feraient pas de cette installation fixe d'affaires, un établissement stable au sens dudit paragraphe.

6) Une entreprise n'est pas réputée avoir un établissement stable dans un Etat contractant du seul fait qu'elle y exerce son activité dans cet autre Etat par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre intermédiaire jouissant d'un statut indépendant, si ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leur activité.

7) Le fait qu'une société qui est résidente d'un Etat contractant contrôle ou est contrôlée par une société qui est résidente de l'autre Etat contractant ou qui y exerce son activité (que ce soit par l'intermédiaire d'un établissement stable ou non) ne suffit pas, en lui-même, à faire de l'une ou l'autre de ces sociétés un établissement stable de l'autre.

Article 6. REVENUS DE BIENS IMMOBILIERS

1) Les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire de biens immobiliers (y compris les revenus des exploitations agricoles ou forestières) situés dans l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2) L'expression « biens immobiliers » a le sens que lui attribue le droit de l'Etat contractant où les biens considérés sont situés. Ces mots désignent en tout cas les accessoires, le cheptel mort ou vif et le matériel des exploitations agricoles et forestières, les droits auxquels s'appliquent les dispositions du droit privé concernant la propriété foncière, l'usufruit des biens immobiliers et les droits à des paiements variables ou fixes pour l'exploitation ou la concession de l'exploitation de gisements minéraux, sources et autres ressources naturelles; les navires, bateaux et aéronefs ne sont pas considérés comme des biens immobiliers.

3) Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent aux revenus provenant de l'exploitation directe, de la location ainsi que de toute autre forme d'exploitation de biens immobiliers.

4) Les dispositions des paragraphes 1 et 3 du présent article s'appliquent également aux revenus provenant des biens immobiliers d'une entreprise ainsi qu'aux revenus des biens immobiliers servant à l'exercice d'une profession indépendante.

Article 7. BÉNÉFICES DES ENTREPRISES

1) Les bénéfices d'une entreprise de l'un des Etats contractants ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'entreprise n'exerce ses activités dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Dans ce dernier cas, lesdits bénéfices ne peuvent être imposés dans l'autre Etat que dans la mesure où ils sont imputables à l'établissement stable.

2) Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent article, si une entreprise de l'un des Etats contractants exerce ses activités dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, il est imputé à cet établissement, dans chaque Etat contractant, les bénéfices que l'établissement aurait pu réaliser s'il avait eu le statut d'entreprise distincte et séparée exerçant des activités identiques ou analogues, dans des conditions elles-mêmes identiques ou analogues, et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont il constitue un établissement stable.

3) Pour déterminer les dépenses d'un établissement stable, sont admises en déduction les dépenses encourues aux fins poursuivies par cet établissement stable, y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration ainsi encourus, soit dans l'Etat où est situé cet établissement stable, soit ailleurs.

4) S'il est d'usage, dans un Etat contractant, de déterminer les bénéfices imputables à un établissement stable sur la base d'une répartition des bénéfices totaux de l'entreprise entre ses diverses parties, aucune disposition du paragraphe 2 du présent article n'empêche cet Etat contractant de déterminer les bénéfices imposables selon la répartition en usage; la méthode de répartition adoptée doit cependant être telle que le résultat obtenu soit conforme aux principes contenus dans le présent article.

5) Aucun bénéfice ne sera imputé à un établissement stable en raison du seul achat de biens ou de marchandises.

6) Aux fins de l'application des dispositions des paragraphes précédents, les bénéfices à imputer à l'établissement stable sont déterminés chaque année selon la même méthode, à moins qu'il n'existe des motifs valables et suffisants de procéder autrement.

7) Lorsque les bénéfices comprennent des éléments de revenu traités séparément dans d'autres articles de la présente Convention, les dispositions desdits articles ne sont pas affectées par les dispositions du présent article.

8) Le terme « bénéfices » employé dans le présent article désigne les bénéfices qu'un associé tire de sa participation à une société de personnes, y compris de sa participation à une société en commandite simple.

Article 8. NAVIGATION MARITIME, INTÉRIEURE ET AÉRIENNE

1) Les bénéfices provenant de l'exploitation, en trafic international de navires ou d'aéronefs ne sont imposables que dans l'Etat contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

2) Si le siège de direction effective d'une entreprise de navigation maritime ou intérieure est à bord d'un navire, ce siège est considéré comme situé dans l'Etat contractant où se trouve le port d'attache de ce navire ou, à défaut de port d'attache, dans l'Etat contractant dont l'exploitant du navire ou du bateau est résident.

3) Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent aussi aux bénéfices provenant de la participation à un pool, une exploitation en commun ou un organisme international d'exploitation.

Article 9. ENTREPRISES ASSOCIÉES

1) Lorsque :

a) Une entreprise de l'un des Etats contractants participe directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre Etat contractant, ou que

b) Les mêmes personnes participent directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'un des Etats contractants et d'une entreprise de l'autre Etat contractant,

et que, dans ces cas, les deux entreprises sont liées, dans leurs relations commerciales ou financières, par des conditions acceptées ou imposées qui diffèrent de celles dont seraient convenues des entreprises indépendantes, les bénéfices qui, dans ces conditions, auraient été réalisés par l'une des entreprises mais n'ont pu l'être en fait à cause de ces conditions, peuvent être inclus dans les bénéfices de cette entreprise et imposés en conséquence.

2) Lorsqu'un Etat contractant inclut dans les bénéfices d'une entreprise de cet Etat — et impose en conséquence — des bénéfices pour lesquels une entreprise de l'autre Etat contractant a été imposée dans cet autre Etat et que les bénéfices ainsi inclus sont des bénéfices qui auraient été réalisés par l'entreprise du premier Etat si les conditions convenues entre les deux entreprises avaient été celles qui auraient été convenues entre des entreprises indépendantes, l'autre Etat procède à un ajustement approprié du montant de l'impôt qui y a été perçu sur ces bénéfices. Pour déterminer cet ajustement, il est tenu compte des autres dispositions de la Convention et, si c'est nécessaire, les autorités compétentes des Etats contractants se consultent.

Article 10. DIVIDENDES

1) Les dividendes payés par une société qui est résident d'un Etat contractant à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2) Toutefois, ces dividendes sont aussi imposables dans l'Etat contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident et selon la législation de cet Etat; mais si la personne qui reçoit les dividendes en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 10 % du montant brut des dividendes.

3) Le mot « dividendes » employé dans le présent article désigne les dividendes provenant d'actions, y compris les revenus d'actions, de bons ou droits de jouissance, parts de fondateur ou autres parts bénéficiaires à l'exception des créances

ainsi que des revenus d'actions par la législation de l'Etat dont la société distributrice est un résident. Dans le cas de l'Autriche, le mot « dividendes » au sens du présent article désigne aussi le revenu des « *Partizipationsscheinen* » (bons de participation) au sens de la loi autrichienne sur les organismes de crédit.

4) Indépendamment des dispositions du paragraphe 2 du présent article, aussi longtemps que Chypre n'impose pas les revenus à la source, les dividendes payés par une société qui est résident chypriote à un résident autrichien ne sont soumis à aucun impôt chypriote si ce n'est l'impôt sur les bénéfices ou les recettes qui donnent lieu au paiement des dividendes. Les personnes physiques qui sont résidents autrichiens ont droit au remboursement de tout impôt chypriote perçu sur les bénéfices ou recettes au titre desquels les dividendes sont payés, dans la mesure où cet impôt excède le montant de l'impôt dû à Chypre; elles ne peuvent toutefois être soumises à un impôt autre que celui qui est payé par la société.

5) Les dispositions des paragraphes 1, 2 et 4 du présent article ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des dividendes, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la participation génératrice des dividendes s'y rattache effectivement. Dans ces cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, sont applicables.

6) Si une société résidente de l'un des Etats contractants tire des bénéfices ou des revenus de l'autre Etat contractant, celui-ci ne peut imposer les dividendes payés par la société à moins que ces dividendes ne soient effectivement payés à un résident de l'autre Etat contractant ou que les dividendes payés ne soient effectivement liés à un établissement stable ou à une base fixe situé dans l'autre Etat, ni imposer les bénéfices non distribués de la société même si les dividendes payés ou les bénéfices non distribués proviennent en tout ou partie de bénéfices ou de revenus provenant de cet autre Etat.

Article 11. INTÉRÊTS

1) Les intérêts provenant d'un Etat contractant et payés à un résident de l'autre Etat contractant ne sont imposables dans cet autre Etat.

2) Aux fins du présent article, le mot « intérêt » désigne les revenus des créances de toute nature, assorties ou non de garanties hypothécaires ou d'une clause de participation aux bénéfices du débiteur et, en particulier, les revenus des fonds publics et des obligations d'emprunts, y compris les primes et lots attachés à ces titres. Les pénalisations pour paiement tardif ne sont pas considérées comme des intérêts au sens du présent article.

3) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article ne s'applique pas lorsque le bénéficiaire effectif des intérêts, résident de l'un des Etats contractants exerce dans l'autre Etat contractant, d'où proviennent les intérêts, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la créance qui est génératrice des intérêts se rattache effectivement à l'établissement stable ou à la base fixe en question. Dans ces cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, sont applicables.

4) Si, par suite des relations particulières existant entre le débiteur et le bénéficiaire effectif, ou entre eux et une tierce personne, le montant des intérêts, eu égard à la créance au titre de laquelle ils sont versés, excède le montant dont le débiteur et le bénéficiaire effectif seraient convenus en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En pareil cas, la partie excédentaire des paiements demeure imposable conformément à la législation de chaque Etat contractant, compte dûment tenu des autres dispositions de la présente Convention.

Article 12. REDEVANCES

1) Les redevances provenant d'un Etat contractant et payées à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat si le résident est titulaire des redevances.

2) Aux fins du présent article, le mot « redevances » désigne les rémunérations de toute nature payées pour l'usage ou la concession de l'usage d'un droit d'auteur sur des œuvres littéraires, artistiques ou scientifiques, y compris les films cinématographiques, d'un brevet, d'une marque de fabrique ou de commerce, d'un dessin ou d'un modèle, d'un plan, d'un procédé ou d'une formule de caractère secret, ainsi que pour l'usage ou la concession de l'usage d'un équipement industriel, commercial ou scientifique et pour des informations ayant trait à une expérience acquise dans le domaine industriel, commercial ou scientifique.

3) Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des redevances, résident de l'un des Etats contractants, exerce, dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les redevances, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située et que le droit ou le bien générateur des redevances se rattache effectivement à cet établissement ou à cette base fixe. En pareil cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, sont applicables.

4) Si, par suite des relations particulières existant entre le débiteur et le bénéficiaire effectif, ou entre eux et une tierce personne, le montant des redevances, compte tenu de la prestation du droit pour lequel elles sont payées, excède le montant dont le débiteur et le bénéficiaire effectifs seraient convenus en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En pareil cas, la partie excédentaire des paiements demeure imposable conformément à la législation de chaque Etat contractant, compte dûment tenu des autres dispositions de la présente Convention.

Article 13. GAINS EN CAPITAL

1) Les gains qu'un résident d'un Etat contractant tire de l'aliénation de biens immobiliers visés à l'article 6 de la présente Convention et situés dans l'autre Etat contractant, ou de la vente de part d'une société dont il est entièrement ou partiellement propriétaire, sont imposables dans cet autre Etat.

2) Les gains provenant de l'aliénation de biens immobiliers faisant partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise de l'un des Etats contractants a dans l'autre Etat contractant, ou de l'aliénation de biens mobiliers faisant partie d'une base fixe dont un résident de l'un des Etats contractants dispose dans l'autre

Etat contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, y compris les gains provenant de l'aliénation de cet établissement stable (pris isolément ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans l'autre Etat.

3) Les gains provenant de l'aliénation de navires ou d'aéronefs exploités en trafic international ou de biens mobiliers qui servent à l'exploitation desdits navires ou aéronefs ne sont imposables que dans l'Etat contractant où se trouve le siège de direction effective de l'entreprise.

4) Les gains provenant de l'aliénation de tous autres biens que ceux visés aux paragraphes 1 à 3 du présent article ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont le cédant est un résident.

Article 14. PROFESSIONS INDÉPENDANTES

1) Les revenus qu'un résident de l'un des Etats contractants tire de l'exercice d'une profession libérale ou d'autres activités de caractère indépendant ne sont imposables que dans cet Etat à moins que ce résident ne dispose de façon habituelle d'une base fixe dans l'autre Etat contractant pour l'exercice de ses activités. S'il dispose d'une telle base fixe, les revenus peuvent être imposés dans l'autre Etat, mais uniquement dans la mesure où ils sont imputables à cette base fixe.

2) Constituent notamment des « professions libérales » les activités indépendantes de nature scientifique, littéraire, artistique, éducative ou pédagogique, ainsi que les activités indépendantes des médecins, avocats et assimilés, ingénieurs, architectes, dentistes et experts comptables.

Article 15. PROFESSIONS SALARIÉES

1) Sous réserve des dispositions des articles 16, 18 et 19 de la présente Convention, les traitements, salaires et autres rémunérations analogues qu'une personne résidente de l'un des Etats contractants perçoit au titre d'un emploi salarié ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'emploi ne soit exercé dans l'autre Etat contractant. Dans ce dernier cas, les rémunérations perçues peuvent être imposées dans cet autre Etat.

2) Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 du présent article, les rémunérations qu'une personne résidente de l'un des Etats contractants perçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans le premier Etat :

a) Si le bénéficiaire séjourne dans l'autre Etat contractant pendant une ou des périodes n'excédant pas au total 183 jours de l'année civile considérée;

b) Si les rémunérations sont versées par un employeur ou pour le compte d'un employeur qui n'est pas résident de cet autre Etat;

c) Si la charge des rémunérations n'est pas supportée par un établissement stable ou une base fixe de l'employeur dans cet autre Etat.

3) Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, les rémunérations reçues au titre d'un emploi exercé à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic international, sont imposables dans l'Etat contractant où se trouve le siège de la direction effective de l'entreprise.

Article 16. TANTIÈMES

Les tantièmes, jetons de présence et autres rémunérations analogues qu'un résident de l'un des États contractants reçoit en qualité de membre du conseil d'administration ou de surveillance d'une société qui est un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

Article 17. ARTISTES ET SPORTIFS

1) Nonobstant les dispositions des articles 14 et 15 de la présente Convention, les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire de ses activités personnelles comme professionnels du spectacle, artistes de la scène, de l'écran, de la radio ou de la télévision, comme musiciens ou sportifs, exercées dans l'autre Etat contractant, sont imposables dans cet Etat contractant.

2) Lorsque les revenus provenant des activités exercées par un professionnel du spectacle ou un sportif, en cette qualité, ne sont pas attribués à celui-ci mais à une autre personne, ces revenus peuvent, nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15 de la présente Convention être imposés dans l'Etat contractant où sont exercées les activités du professionnel du spectacle ou du sportif.

Article 18. PENSIONS

Sous réserve des dispositions du paragraphe 2 de l'article 19 de la présente Convention, les pensions et rémunérations analogues versées à un résident de l'un des Etats contractants au titre d'un emploi antérieur ne sont imposables que dans cet Etat.

Article 19. RÉMUNÉRATIONS DE FONCTIONS PUBLIQUES

1) *a)* Toute rémunération, autres que les pensions, versées par l'un des Etats contractants ou l'une de ses subdivisions politiques et collectivités locales à une personne physique en contrepartie de prestations de services fournies audit Etat, à ladite subdivision ou à ladite collectivité locale n'est imposable que dans cet Etat.

b) Toutefois, ces rémunérations ne seront imposables que dans l'autre Etat contractant si les services sont rendus dans cet Etat et si la personne physique est résidente dudit Etat qui

- i) Soit possède la nationalité de cet Etat,
- ii) Soit n'est pas devenu résident de cet Etat à seule fin de fournir les services.

2) Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent aux rémunérations reçues par les membres de la Mission commerciale autrichienne à Chypre.

3) *a)* Les pensions payées par un Etat contractant ou l'une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales, soit directement soit par prélèvement sur des fonds qu'ils ont constitués, à une personne physique au titre de services rendus à cet Etat ou à cette subdivision ou collectivité ne sont imposables que dans cet Etat;

b) Toutefois, ces pensions ne sont imposables que dans l'autre Etat contractant si la personne physique est résidente de cet Etat et en possède la nationalité.

4) Les dispositions des articles 15, 16 et 18 de la présente Convention s'appliquent aux rémunérations et pensions payées au titre de services rendus dans le

cadre d'une activité industrielle ou commerciale exercée par un Etat contractant ou l'une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales.

Article 20. SOMMES REÇUES PAR DES ÉTUDIANTS ET DES STAGIAIRES

1) Les sommes qu'un étudiant ou un stagiaire qui est, ou qui était immédiatement avant de se rendre dans un Etat contractant, résident de l'autre Etat contractant et qui séjourne dans le premier Etat à seule fin d'y poursuivre ses études ou sa formation reçoit pour couvrir ses frais d'entretien, d'études ou de formation ne sont pas imposables dans cet Etat, à condition qu'elles proviennent de sources situées en dehors de cet Etat.

2) Les rémunérations qu'un étudiant ou un stagiaire qui est, ou était auparavant, résident d'un Etat contractant tire d'un emploi qu'il exerce dans l'autre Etat contractant, aux fins d'acquérir une formation pratique, pendant une période ou des périodes n'excédant pas 183 jours au total pendant l'année civile considérée, ne sont pas imposables dans cet autre Etat si l'emploi est directement lié à ses études ou à son apprentissage.

Article 21. AUTRES REVENUS

1) Les éléments de revenu d'un résident d'un Etat contractant, d'où qu'ils proviennent, qui ne sont pas traités dans les articles précédents de la présente Convention ne sont imposables que dans cet Etat.

2) Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne s'applique pas aux revenus autres que les revenus provenant de biens immobiliers au sens du paragraphe 2 de l'article 6 de la présente Convention, lorsque le bénéficiaire de tels revenus, résident d'un des Etats contractants, exerce dans l'autre Etat, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que le droit ou le bien générateur des revenus s'y rattache effectivement. Dans ces cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14 de la présente Convention, suivant le cas, sont applicables.

Article 22. FORTUNE

1) La fortune constituée par des biens immobiliers visés à l'article 6 de la présente Convention que possède un résident d'un Etat contractant et qui sont situés dans l'autre Etat contractant est imposable dans cet autre Etat.

2) La fortune constituée par des biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant, ou par des biens mobiliers qui appartiennent à une base fixe dont un résident d'un Etat contractant dispose dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, est imposable dans cet autre Etat.

3) La fortune constituée par des navires et aéronefs exploités en trafic international, ainsi que par des biens mobiliers affectés à l'exploitation de ces navires ou aéronefs, n'est imposable que dans l'Etat contractant où se trouve le siège de la direction effective de l'entreprise.

4) Tous les autres éléments de la fortune d'un résident d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat.

Article 23. MÉTHODE D'EXEMPTION

1) Lorsqu'un résident d'un Etat contractant reçoit des revenus ou possède de la fortune qui, conformément aux dispositions de la présente Convention, sont imposables dans l'autre Etat contractant, le premier Etat exempt de l'impôt ces revenus ou cette fortune, sous réserve des dispositions des paragraphes 2 et 3 du présent article.

2) Lorsqu'un résident d'un Etat contractant reçoit des éléments de revenu qui, conformément aux dispositions de l'article 10 de la présente Convention sont imposables dans l'autre Etat contractant, le premier Etat accorde, sur l'impôt qu'il perçoit sur les revenus de ce résident, une déduction d'un montant égal à l'impôt payé dans cet autre Etat compte tenu de l'impôt dû sur les bénéfices qui donnent lieu au paiement de dividendes. Cette déduction ne peut toutefois excéder la fraction de l'impôt, calculé avant déduction, correspondant à ces éléments de revenus reçus dans cet autre Etat.

3) Aux fins de l'application des dispositions du paragraphe 2 du présent article, si, en raison de dispositions spéciales visant à promouvoir le développement industriel, l'impôt chypriote était ramené à moins de 15 %, l'impôt payé à Chypre serait réputé être égal à 15 % du montant brut du dividende.

4) Lorsque, conformément à une disposition quelconque de la présente Convention, les revenus qu'un résident d'un Etat contractant reçoit ou la fortune qu'il possède sont exempts d'impôt dans cet Etat, celui-ci peut néanmoins, pour calculer le montant de l'impôt sur le reste des revenus ou de la fortune de ce résident, tenir compte des revenus ou de la fortune exemptés.

Article 24. NON-DISCRIMINATION

1) Les ressortissants d'un Etat contractant ne sont soumis dans l'autre Etat contractant à aucune imposition ou obligation y relative, qui est autre ou plus lourde que celles auxquelles sont ou pourront être assujettis les ressortissants de cet autre Etat qui se trouvent dans la même situation. La présente disposition s'applique aussi, nonobstant les dispositions de l'article premier de la présente Convention, aux personnes qui ne sont pas des résidents d'un Etat contractant ou des deux Etats contractants.

2) Le mot « ressortissant » désigne :

a) Toutes les personnes physiques qui possèdent la nationalité d'un Etat contractant;

b) Toutes les personnes morales, sociétés de personnes et associations constituées conformément à la législation en vigueur dans un Etat contractant.

3) L'imposition d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant n'est pas établie dans cet autre Etat d'une façon moins favorable que l'imposition des entreprises de cet autre Etat qui exercent la même activité. La présente disposition ne peut être interprétée comme obligeant un Etat contractant à accorder aux résidents de l'autre Etat contractant les déductions personnelles, abattements et réductions d'impôt en fonction de la situation ou des charges de famille qu'il accorde à ses propres résidents.

4) A moins que les dispositions du paragraphe 1 de l'article 9, du paragraphe 4 de l'article 11, ou du paragraphe 4 de l'article 12 de la présente Convention ne soient applicables, les intérêts, redevances et autres dépenses payés par une entreprise

d'un Etat contractant à un résident de l'autre Etat contractant sont déductibles, pour la détermination des bénéfices imposables de cette entreprise, dans les mêmes conditions que s'ils avaient été payés à un résident du premier Etat. De même, les dettes d'une entreprise d'un Etat contractant envers un résident de l'autre Etat contractant sont déductibles, pour la détermination de la fortune imposable de cette entreprise, dans les mêmes conditions que si elles avaient été contractées envers un résident du premier Etat.

5) Les entreprises d'un Etat contractant, dont le capital est en totalité ou en partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé par un ou plusieurs résidents de l'autre Etat contractant, ne sont soumises dans le premier Etat à aucune imposition ou obligation y relative, qui est autre ou plus lourde que celles auxquelles sont ou pourront être assujetties les autres entreprises similaires du premier Etat.

6) Les dispositions du présent article de la présente Convention s'appliquent, nonobstant les dispositions de l'article 2, aux impôts de toute nature ou dénomination.

Article 25. PROCÉDURE AMIABLE

1) Lorsqu'une personne estime que les mesures prises par l'un des Etats contractants ou par les deux Etats contractants entraînent ou entraîneront pour elle une imposition incompatible avec les dispositions de la présente Convention, elle peut, indépendamment des recours prévus dans les législations nationales de ces Etats, soumettre son cas à l'autorité compétente de l'Etat contractant dont elle est résidente ou, si son cas relève du paragraphe 1 de l'article 24 de la présente Convention, à celle de l'Etat contractant dont elle possède la nationalité. Le cas doit être soumis dans un délai de trois ans à partir de la première notification des mesures qui entraînent une imposition non conforme aux dispositions de la présente Convention.

2) L'autorité compétente s'efforce, si la réclamation lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'apporter une solution appropriée, de régler la question par voie d'entente avec l'autorité compétente de l'autre Etat contractant, en vue d'éviter toute imposition incompatible avec les dispositions de la présente Convention. L'accord est applicable quels que soient les délais prévus par le droit interne des Etats contractants.

3) Les autorités compétentes des Etats contractants s'efforcent de résoudre d'un commun accord toute difficulté ou toute incertitude suscitées par l'interprétation ou l'application de la présente Convention. Elles peuvent aussi se consulter pour éliminer la double imposition dans les cas qui ne sont pas prévus dans la présente Convention.

4) Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent communiquer directement entre elles en vue de parvenir à un accord, comme l'indiquent les précédents paragraphes. Lorsqu'il est souhaitable pour parvenir à un tel accord de procéder à un échange verbal de vues, cet échange peut avoir lieu au sein d'une commission composée de représentants des autorités compétentes des Etats contractants.

Article 26. ECHANGE DE RENSEIGNEMENTS

1) Les autorités compétentes des Etats contractants échangent les renseignements nécessaires à l'application de la présente Convention. L'échange de rensei-

gnements n'est pas restreint par l'article premier de la présente Convention. Les renseignements reçus par un Etat contractant sont tenus secrets de la même manière que les renseignements obtenus en application de la législation interne de cet Etat. Ils ne sont communiqués qu'aux personnes ou autorités (y compris les tribunaux et les autorités administratives) concernées par l'établissement ou le recouvrement des impôts visés par la présente Convention, par les procédures ou poursuites concernant ces impôts, ou par les décisions sur les recours relatifs à ces impôts. Ces personnes ou autorités n'utilisent ces renseignements qu'à ces fins. Elles peuvent faire état de ces renseignements au cours d'audiences publiques de tribunaux ou dans des jugements.

2) Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à un Etat contractant l'obligation de :

a) Prendre des mesures administratives incompatibles avec sa législation ou sa pratique administrative, ou avec la législation ou la pratique administrative de l'autre Etat contractant;

b) Fournir des renseignements qui ne pourraient être obtenus sur la base de sa législation ou dans le cadre de sa pratique administrative normale ou de celles de l'autre Etat contractant;

c) Fournir des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel, professionnel ou un procédé commercial ou des renseignements dont la communication serait contraire à l'ordre public.

Article 27. AGENTS DIPLOMATIQUES ET FONCTIONNAIRES CONSULAIRES

Aucune disposition de la présente Convention ne porte atteinte aux privilèges fiscaux dont bénéficient les agents diplomatiques ou les fonctionnaires consulaires en vertu des règles générales du droit des gens ou des dispositions d'accords particuliers.

Article 28. ENTRÉE EN VIGUEUR

1) La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés à Nicosie aussitôt que possible.

2) La présente Convention entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant la date à laquelle les instruments de ratification seront échangés et ses dispositions seront applicables en ce qui concerne les impôts correspondant à toute année d'imposition commençant après le 31 décembre de l'année civile au cours de laquelle les instruments de ratification seront échangés.

Article 29. DÉNONCIATION

La présente Convention demeurera en vigueur tant qu'elle n'aura pas été dénoncée par un Etat contractant. Chaque Etat contractant peut dénoncer la Convention, par voie diplomatique, en adressant notification écrite de dénonciation le 30 juin de toute année civile suivant la cinquième année à compter de la date d'entrée en vigueur de la Convention ou avant cette date. Dans ce cas, la Convention cessera d'être applicable à l'égard des impôts au titre de toute année d'imposition commençant après le 31 décembre de l'année civile au cours de laquelle la notification de dénonciation aura été adressée.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires des deux Etats contractants, à ce dûment autorisés par leurs gouvernements respectifs, ont signé la présente Convention.

FAIT à Vienne, le 20 mars 1990 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande, grecque et anglaise, les trois textes faisant également foi. En cas de doute, c'est l'anglais qui l'emporte.

Pour la République d'Autriche :

FERDINAND LACINA

Pour la République de Chypre :

GEORGE SYRIMIS

PROTOCOLE

La République d'Autriche et la République de Chypre sont convenues de signer la Convention entre les deux Gouvernements tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, sous réserve des dispositions suivantes qui font partie intégrante de la Convention :

Ad Article 7 :

1) Dans le calcul des bénéfices d'un chantier de construction ou d'un projet de construction, de montage ou d'installation, il ne sera imputé à cet établissement stable dans l'Etat contractant où cet établissement est situé que les bénéfices provenant des activités de l'établissement stable en tant que tel. Si des machines ou du matériel sont livrés par le siège social ou un autre établissement stable de l'entreprise ou une tierce personne dans le cadre ou indépendamment de ces activités, la valeur de ces livraisons ne sera pas imputée aux bénéfices du chantier de construction, de montage ou d'installation.

2) Les revenus qu'un résident d'un Etat contractant perçoit au titre d'activités de planification, de préparation de projets, de construction ou de recherche ainsi que les revenus tirés de services techniques exercés dans cet Etat dans le cadre d'un établissement stable situé dans l'autre Etat contractant, ne seront pas imputés à cet établissement stable.

3) Indépendamment des dispositions du paragraphe 3, aucune déduction ne sera admise au titre des montants éventuellement payés (autres que les remboursements de dépenses effectivement encourues) par l'établissement stable au siège de l'entreprise ou à d'autres bureaux de l'entreprise sous forme de redevances, indemnités ou autres, au titre de l'utilisation de brevets ou d'autres droits ou de commission pour des services particuliers ou pour une gestion ou, si l'entreprise n'est pas un établissement bancaire, à titre d'intérêt sur des montants prêtés à l'établissement permanent. De même, dans la détermination des bénéfices d'un établissement stable, il n'est pas tenu compte des montants (autres que des remboursements de dépenses effectivement encourues) que l'établissement stable fait payer au siège de l'entreprise, ou à tout autre bureau de l'entreprise, au titre de redevances, indemnités ou autres, ou de commission en échange de services particuliers fournis ou de gestion ou, si l'entreprise n'est pas un établissement bancaire, à titre d'intérêts sur des montants prêtés au siège de l'entreprise ou à l'un quelconque de ses autres bureaux.

FAIT à Vienne, le 20 mars 1990 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande, grecque et anglaise, les trois textes faisant également foi. En cas de doute, c'est l'anglais qui l'emporte.

Pour la République d'Autriche :

FERDINAND LACINA

Pour la République de Chypre :

GEORGE SYRIMIS

